



Deutsche
Stiftung
Friedensforschung

german foundation for peace research

Deutsche Stiftung Friedensforschung:
2001 bis 2006

100 Jahre Friedensnobelpreis:
Bertha von Suttner

Forum DSF N° 3

Deutsche Stiftung Friedensforschung:
2001 bis 2006

100 Jahre Friedensnobelpreis:
Bertha von Suttner

Inhalt

	Seite
Vorwort	4
 I. Deutsche Stiftung Friedensforschung 2001 bis 2006	
Volker Rittberger	Fünf Jahre Deutsche Stiftung Friedensforschung – eine Zwischenbilanz 6
Hans-Jürgen Fip	Fünf Jahre Deutsche Stiftung Friedensforschung in der Friedensstadt Osnabrück..... 11
Christian Wulff	Concordia domi, foris pax – Zu Hause Eintracht, draußen Friede. 13
Frieder Meyer-Krahmer	Grußwort zum fünfjährigen Jubiläum der Deutschen Stiftung Friedensforschung..... 18
Gernot Erler	Verantwortung für den Frieden. Deutsche Beiträge und europäische Perspektiven 22
 II. 100 Jahre Friedensnobelpreis Bertha von Suttner	
Volker Rittberger	Die Vision vom Frieden - Bertha von Suttners Erbe für die Friedensforschung heute 32
Karl Holl	Bertha von Suttner. Der Kampf einer Frau gegen den Krieg 36
Barbara Hendricks	100 Jahre Friedensnobelpreis – Bertha von Suttner 46
 Anhang	 Mitglieder des Stiftungsrates der Deutschen Stiftung Friedensforschung 49

Vorwort

Diese Ausgabe von „Forum DSF“ dokumentiert zwei Veranstaltungen der Deutschen Stiftung Friedensforschung, die beide ein Jubiläum zum Anlass hatten: das fünfjährige Bestehen der im Oktober 2000 durch den Bund gegründeten Stiftung, die am 27. April 2001 mit der konstituierenden Sitzung des Stiftungsrates ihre Aktivitäten aufnahm, sowie die Übergabe der Sonderbriefmarke und der Gedenkmünze zu Ehren Bertha von Suttners, die im Jahr 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis verliehen bekam.

Im ersten Teil veröffentlicht die Stiftung die Grußworte und Redebeiträge, die Vertreter des Bundes, des Landes Niedersachsen und der Stadt Osnabrück am 27. April 2006 im Rahmen der Festveranstaltung zum fünfjährigen Bestehen der Stiftung in der Stadthalle Osnabrück an die Festversammlung gerichtet hatten. Somit kann man die vorliegende Ausgabe von „Forum DSF“ auch als eine Art „Festschrift“ zum fünfjährigen Bestehen der Stiftung lesen. Die Stiftung begrüßte an diesem Tag hochrangige Gratulanten wie den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Christian Wulff, den Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer, und den Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück, Hans-Jürgen Fip. Den Festvortrag zum Thema „Verantwortung für den Frieden. Deutsche Beiträge und europäische Perspektiven“ hielt der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler.

Im zweiten Teil finden sich die Redebeiträge zur feierlichen Übergabe des Sonderpostwertzeichens und der Gedenkmünze „100 Jahre Friedensnobelpreis – Bertha von Suttner“. Aus diesem Anlass besuchte am 12. Januar 2006 die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, die Stiftung und legte Alben mit der Briefmarke und Gedenkmünze vor. Der Bremer Historiker Prof. Dr. Karl Holl würdigte in seinem Festvortrag das Leben und Wirken der Nobelpreisträgerin, die auch heute noch ein Vorbild für ein engagiertes Eintreten für den Weltfrieden sei.

Im März 2006 führten Neuberufungen durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, zu Veränderungen in der Zusammensetzung des Stiftungsrates, des obersten Entscheidungsorgans der Stiftung. Aus diesem Grund findet sich im Anhang eine aktualisierte Auflistung der Stiftungsratsmitglieder.

Der Dank der Stiftung geht an alle, die an den beiden Veranstaltungen mitwirkten und zu ihrem Gelingen beitrugen.

Prof. Dr. Volker Rittberger
Vorsitzender des Stiftungsrates

I.

Deutsche Stiftung Friedensforschung
2001 bis 2006
Redebeiträge zur Festveranstaltung
am 27. April 2006
in der Stadthalle Osnabrück

Fünf Jahre Deutsche Stiftung Friedensforschung – eine Zwischenbilanz

Prof. Dr. Volker Rittberger
Vorsitzender der Deutschen Stiftung Friedensforschung

Im Namen des Stiftungsrates der Deutschen Stiftung Friedensforschung heiÙe ich Sie alle sehr herzlich zu dieser Festveranstaltung aus Anlass des fünfjährigen Bestehens der Stiftung in der Stadthalle Osnabrück willkommen. Fuf Jahre – das ist gewiss noch kein groÙes, rundes Jubiläum, doch Anlass genug, diesen Jahrestag der Stiftungsgründung mit einem besonderen Ereignis am Sitz der Stiftung, in der Friedensstadt Osnabrück, zu würdigen.

Die Stiftung konnte in den vergangenen fuf Jahren auf die Unterstützung und das Wohlwollen von Stadt, Land und Bund setzen. Ich freue mich sehr, dass alle drei – Stadt, Land und Bund – zusammen unserer Festveranstaltung mit höchsten und hohen Repräsentanten die Ehre ihrer Teilnahme erweisen. Ich darf Sie, hoch verehrter Herr Ministerpräsident Wulff, sehr herzlich begruÙen und Ihnen sowohl für Ihre in einem früheren Gespräch bekundete Aufgeschlossenheit des Sitzlandes für die Belange der Stiftung als auch für Ihre Bereitschaft danken, diese Festveranstaltung mit einem GruÙwort zu beehren.

Als Vorsitzendem einer Bundesstiftung werden Sie es mir sicher nachsehen, wenn nach Ihnen gleich zwei Vertreter des Bundes das Wort ergreifen werden. In Vertretung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Dr. Annette Schavan, heiÙe ich Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer sehr herzlich in unserem Kreis willkommen. Auch Ihnen danke ich, dass Sie sich die Zeit nehmen, hier zu uns zu sprechen.

Ferner ist es für mich eine besondere Freude, den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Herrn Gernot Eler, begruÙen zu können, der – das darf ich an dieser Stelle einfügen – vor kurzem durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Dr. Schavan, zum Mitglied im Stiftungsrat der DSF ernannt wurde. Es zeichnet unsere Veranstaltung aus, dass Sie, Herr Staatsminister, den heutigen Festvortrag zum Thema „Verantwortung für den Frieden. Deutsche Beiträge – Europäische Perspektiven“ halten. Hierfür sage ich Ihnen schon jetzt meinen herzlichen Dank.

Dass ich Sie, lieber Herr Oberbürgermeister Fip, als letzten persönlich begruÙe, hat seinen besonderen Grund: Dem Gastgeber gebührt die letzte Danksagung, weil sie am längsten im Gedächtnis bleiben wird. Ich möchte daher an dieser Stelle meinen sehr herzlichen Dank an Sie richten – und ich tue dies auch im Namen des Stiftungsrates – für Ihre groÙe Unterstützung, die Sie der Stiftung von Anfang an zuteil werden lieÙen. Es ist meines Wissens zum groÙen Teil Ihr Verdienst, dass die Stiftung in der Friedensstadt Osnabrück ihren Sitz nahm. Darüber hinaus verdanken wir es Ihrer Initiative, dass die DSF im nahe gelegenen Steinwerk Ledenhof, einem der schönsten historischen Baudenkmäler der Stadt, ihre Geschäftsstelle einrichten konnte. Die Ausstrahlung dieses Gebäudes spiegelt sich inzwischen auch im Stiftungslogo wider, das ein Zitat aus dessen Fassadenstruktur darstellt. Mein Dank richtet sich aber auch an den Rat der Stadt Osnabrück – dessen Mitglieder ich hiermit herzlich begruÙe –, der die städtische Unterstützung für die DSF stets mit groÙem

Wohlwollen begleitet hat. Ich bin zuversichtlich, dass wir diese gedeihliche Zusammenarbeit zwischen Stiftung und Stadt auch in Zukunft fortsetzen werden.

Ich begrüße an dieser Stelle auch die anwesenden Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Niedersächsischen Landtages, die Vertreter von Osnabrücker Hochschulen, Kirchen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Unternehmen sowie der Stadtverwaltung und des Landkreises Osnabrück und bitte um Verständnis dafür, dass ich nicht alle persönlich ansprechen kann. Mit besonderer Freude habe ich einen Brief des Bischofs von Osnabrück, Herrn Dr. Franz-Josef Bode, entgegengenommen, in dem er u. a. schreibt:

„...zum fünfjährigen Bestehen der Deutschen Stiftung Friedensforschung sende ich Ihnen und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meine besten Glück- und Segenswünsche. Möge das, was durch Ihre Stiftung an Friedensforschung und Friedensförderung in den vergangenen Jahren grundgelegt und erreicht wurde, weiter wachsen und gute Früchte hervorbringen.“



Prof. Dr. Volker Rittberger

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung wurde im Oktober 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland als Stiftung bürgerlichen Rechts mit der Zweckbestimmung gegründet – so die Formulierung in § 2 der Satzung –, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen“. Mit der Stiftungsgründung verbunden und verbinden sich hoch gesteckte Ziele, wie ein Blick in den Text des Stiftungsgeschäfts zeigt:

„Die DSF soll das friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker fördern. Sie soll mithelfen, Voraussetzungen und Bedingungen dafür zu schaffen, dass Krieg, Armut, Hunger, Unterdrückung verhütet, Menschenrechte gewahrt und die internationalen Beziehungen auf die Grundlage des Rechts gestellt werden. Sie soll ferner mithelfen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten sowohl genutzt als auch für kommende Generationen erhalten werden.“

Nicht zuletzt aufgrund dieses im Stiftungsgeschäft verankerten weit aufgespannten Zielkatalogs für die Fördertätigkeit der Deutschen Stiftung Friedensforschung gingen dem Gründungsakt langwierige und schwierige Verhandlungen in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag voraus. Für mich, der die Geschichte der Vorgängerinstitution, der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, aus der Nähe miterlebt hatte, war das nicht überraschend. Es ist zweifellos ein großes Verdienst der damaligen Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Edelgard Bulmahn, dass die gesamtstaatliche Förderung der Friedens- und Konfliktforschung gestützt auf eine von den Wechselfällen des politischen Geschehens unabhängige, kapitalgedeckte Stiftung wieder aufgenommen wurde und diese Stiftung mit einer – freilich hinter den seinerzeit gehegten Erwartungen und tatsächlichen Erfordernissen um die Hälfte zurückbleibenden – Kapitalausstattung von 50 Millionen DM, umgerechnet ca. 25,5 Millionen Euro errichtet werden konnte. Frau Bulmahn, die es sich nicht hat nehmen lassen, an dieser Festveranstaltung teilzunehmen, und die ich hiermit herzlich begrüße, hat die Entwicklung der Stiftung seit ihrer Gründung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und stets ein offenes Ohr für die Anliegen der DSF gehabt. Ich möchte ihr hierfür den bleibenden Dank der Stiftung aussprechen.

Kurze Zeit nach der Gründung der DSF legte die von Frau Bundesministerin Bulmahn berufene Struktur- und Findungskommission unter dem Vorsitz von Egon Bahr und unter Mitwirkung von Marion Gräfin Dönhoff und Hans Koschnick die Leitlinien der Forschungsförderung für einen ersten fünfjährigen Förderzeitraum mit dem thematischen Schwerpunkt „Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“ ausdifferenziert in drei Teilbereiche fest. Ausgehend von dieser thematischen Schwerpunktsetzung soll die DSF Forschungsvorhaben fördern, die sich der Untersuchung der „Dynamik gefährlicher Konflikte“, der „Einmischung Dritter in gefährliche Konflikte – Prävention, Eskalationsstopp und Deeskalation“ sowie den „Institutionen und Strategien der Zivilisierung gefährlicher Konflikte“ widmen. Diese Leitlinien wiesen eine so hohe Plausibilität für die Förderpraxis der Stiftung auf, dass sie bis heute ihre Gültigkeit behalten haben: Da die ursprünglich ins Auge gefasste Fünfjahresfrist nunmehr schon deutlich überschritten wurde, sollen diese Leitlinien in Bälde vom Stiftungsrat und vom Wissenschaftlichen Beirat einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden. Allen Beteiligten sei an dieser Stelle nachdrücklich gedankt für ihre wegweisenden Ausarbeitungen, die der Stiftung ein programmatisches Fundament für die Forschungsförderung gegeben und dieser im ersten Jahrfünft ihres Bestehens eine zuverlässige Orientierung vermittelt haben.

Wenn es um die Verdienste für die Gründung und den Aufbau der Stiftung geht, darf eine Würdigung des maßgeblichen Einsatzes meines Vorgängers im Amt des Vorsitzenden des Stiftungsrates, Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, für die Entstehung der Stiftung nicht fehlen.

Liebe Frau Bayreuther-Lutz, ich freue mich – auch aufgrund langjähriger persönlicher Verbundenheit – sehr darüber, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind, um mit Ihrem Sohn Lennart zu dieser Festveranstaltung nach Osnabrück zu kommen. Bis zu seinem viel zu frühen Tod im Januar 2003 hat Dieter Lutz sich unermüdlich dafür eingesetzt, dass die Stiftung zu einer „Erfolgsgeschichte“ wird. Vor allem die Ausarbeitung des Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung, der zweiten Säule der bisherigen Förderaktivitäten der Stiftung, geht im „Wesentlichen auf seine Initiative zurück. Dieter Lutz hat die Stiftung einmal das „Schatzkästchen“ der deutschen Friedens- und Konfliktforschung genannt. Als solches werden wir sie im Angedenken an seine Verdienste behandeln und bewahren.

Heute vor fünf Jahren kam der mehrheitlich aus Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen sowie aus Vertretern und Vertreterinnen der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zusammengesetzte Stiftungsrat zu seiner konstituierenden Sitzung im Friedenssaal des Historischen Rathauses der Stadt Osnabrück zusammen. Schon auf dieser ersten Sitzung stellte der Stiftungsrat die Weichen für das bereits erwähnte Programm der Struktur- und Nachwuchsförderung, für dessen Verwirklichung die DSF einen Gesamtbetrag von fünf Millionen Euro zur Verfügung stellt. Das Programm ist auf eine nachhaltige Strukturbildung in Lehre und Forschung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung ausgerichtet. So konnten erstmalig Masterstudiengänge für Friedens- und Konfliktforschung an deutschen Hochschulen – an den Universitäten Hamburg, Marburg und Tübingen sowie an der FernUniversität Hagen – eingerichtet werden. Des Weiteren unterstützt die Stiftung Programme zur strukturierten Promotionsförderung an drei Standorten, Frankfurt a. M., Hamburg und Marburg, die günstige Rahmenbedingungen für die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses schaffen sollen. Das größte Einzelprojekt dieses Programms ist die Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg. Hiermit gelang es, dieses Lehr- und Forschungsgebiet erstmalig mit einem Lehrstuhl an einer deutschen Hochschule zu verankern. Die DSF verspricht sich von diesem Programm insgesamt eine dauerhafte Stärkung von Lehr-, Ausbildungs- und Forschungskapazitäten im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, die mit einem hohen Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften und wissenschaftlicher Politikberatung korrespondieren.

Neben der Struktur- und Nachwuchsförderung hat die DSF in den vergangenen fünf Jahren insbesondere die Forschungsförderung ausgebaut. Hierfür bewilligte die DSF bisher Fördermittel in Höhe von mehr als vier Millionen Euro. Die thematischen Schwerpunkte liegen auf z. T. auch politisch hoch aktuellen Fragen des Völkerrechts und der internationalen Zusammenarbeit, der Gewaltprävention und Konfliktintervention sowie der Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften und nicht zuletzt der präventiven Rüstungskontrolle. Die Forschungsförderung der Stiftung zielt nicht nur auf Vorhaben der Grundlagenforschung, sondern schließt auch anwendungsbezogene Forschungsprojekte ein, die einen engen Praxisbezug aufweisen.

Die Stiftung beschränkt ihre Aktivitäten jedoch nicht darauf, Forschungsprojekte auf Antrag zu fördern. Auch mit eigenen Initiativen will sie Forschungen zu friedenspolitisch relevanten Themengebieten anregen, wie z. B. zu Religion und Konflikt, genauer: zu den konflikt- eskalierenden und -deeskalierenden Wirkungen von Religionen, die bisher hierzulande nur wenig untersucht worden sind. Des Weiteren unterstützt sie mit ihren Veranstaltungen die Vermittlung der Ergebnisse von geförderten Projekten in die politische Öffentlichkeit und Praxis, wie z. B. durch Parlamentarische Abende, Fachgespräche mit Arbeitskreisen von Fraktionen des Deutschen Bundestages oder Fachtagungen mit Organisationen der Zivilgesellschaft. Dass die Stiftung im Anschluss an diese Festveranstaltung erstmalig zu einem Internationalen Symposium einlädt, markiert einen weiteren Schritt nach vorn in der Entwicklung der Stiftungsaktivitäten. Die DSF erfüllt hiermit nicht nur ihren Satzungsauftrag, eigene Initiativen zu entwickeln, sie begibt sich damit zugleich auf den Weg zu einer stärkeren internationalen Vernetzung ihrer Aktivitäten. Für das Internationale Symposium „Strategies for Peace. Contributions of International Organisations, States, and Non-State Actors“, das morgen und übermorgen im Osnabrücker Schloss, dem Sitz der Universität Osnabrück, stattfinden wird, konnte die Stiftung namhafte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem In- und Ausland gewinnen.

An der Entwicklung der erwähnten Förderprogramme wie auch an deren Verwirklichung oder späteren Evaluierung haben insbesondere die Mitglieder des Stiftungsrates und des Wissenschaftlichen Beirates der DSF intensiv und nachhaltig mitgewirkt. Die Mitarbeit in diesen Gremien ist zeitaufwändig und ehrenamtlich, weshalb ich allen heutigen und ehemaligen Mitgliedern – und hierbei beziehe ich meine Kollegin Dr. Martina Fischer und meinen Kollegen Wolf-Michael Catenhusen im Geschäftsführenden Vorstand ausdrücklich mit ein – meinen herzlichen Dank für die engagierte und konstruktive Zusammenarbeit aussprechen möchte. Darüber hinaus freue ich mich sehr, dass frühere Mitglieder des Stiftungsrates, Frau Dr. Uschi Eid (MdB), Frau Christiane Lammers, Herr Werner Lensing und Herr Winfried Nachtwei (MdB), an dieser Festveranstaltung teilnehmen und auf diese Weise ihre bleibende Verbundenheit mit der Stiftung zum Ausdruck bringen.

An dieser Stelle gilt es auch, zahlreichen Kollegen und Kolleginnen nachdrücklich dafür zu danken, dass sie sich als Gutachter und Gutachterinnen für die Bewertung von Förderanträgen aller Art zur Verfügung stellten. Ohne diese großzügige, selbstlose Unterstützung aus der Wissenschaftlergemeinschaft hätte die Stiftung ihre weit gespannten, hohen Qualitätsansprüchen genügende Fördertätigkeit nicht entfalten und nicht diese positive Bilanz ihrer bisherigen Förderaktivitäten ziehen können. In diesen Dank möchte ich auch alle Partner in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, und Kultur einschließen, die in ganz unterschiedlichen Formen mit der Stiftung zusammengearbeitet und zu ihrer erfolgreichen Tätigkeit beigetragen haben.

Last, but not least, liegt es dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführenden Vorstand der Stiftung, auch im Namen des Stiftungsrates und des Wissenschaftlichen Beirates, am Herzen, dem Geschäftsführer der Stiftung, Herrn Dr. Thomas Held, und den beiden Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle, Frau Petra Menke und Frau Sabine Podranski, für ihren großen und erfolgreichen Einsatz für die Erfüllung der Stiftungsaufgaben unser uneingeschränktes Lob und dankbare Anerkennung auszusprechen. Wir wissen die Alltagsgeschäfte der Stiftung wie auch, soweit möglich, die vorausschauende Planung von Stiftungsaufgaben bei Ihnen in guten, verlässlichen Händen und hoffen, dass dies noch lange so bleiben wird.

Fünf Jahre Deutsche Stiftung Friedensforschung in der Friedensstadt Osnabrück

Hans-Jürgen Fip
Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück

Fünf Jahre Deutsche Stiftung Friedensforschung in Osnabrück ist ein großer Grund zur Freude für die Bürgerschaft der Stadt Osnabrück. Denn es gibt eine geistige Identität zwischen der durch den Bund gegründeten Friedensstiftung und der Friedensstadt Osnabrück, die in keiner anderen Stadt enger sein könnte. Und deshalb danke ich zunächst allen, die als Geburtshelfer mitgewirkt haben, den Sitz der DSF in Osnabrück zu errichten. Mein Dank gilt insbesondere der damaligen Bundesministerin Edelgard Bulmahn und dem ehemaligen Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen, die beide heute hier zugegen sind.

Ich erinnere mich gut an die ersten Gespräche im Bundeskanzleramt, die damals noch in Bonn stattfanden. Sie drehten sich zum einen um die Notwendigkeit, eine solche Stiftung zu errichten, zum anderen um den geeigneten Ort für den Sitz dieser Stiftung. Dankbar bin ich in diesem Zusammenhang Prof. Dr. Dieter S. Lutz, dem damaligen Vorsitzenden der Stiftung, der nach anfänglicher Skepsis schnell erkannt hatte, dass die Stiftung in Berlin bei der Vielzahl an Organisationen und Einrichtungen untergehen würde. Will man wahrgenommen werden und die Zuneigung einer ganzen Stadt und Region erringen, dann ist Osnabrück die richtige Wahl.

Die Friedensstadt Osnabrück hat diese Entscheidung als Anerkennung für all das angesehen, was hier nach dem Krieg beim Aufbau einer demokratischen Republik geleistet worden ist. Wir haben das Vermächtnis des Westfälischen Friedens von 1648 aufgegriffen, um dem Gedanken des Friedens auf der kommunalen Ebene eine solide Grundlage zu verschaffen. Wir haben es als Auftrag verstanden, um das alltägliche Zusammenleben der Menschen zu gestalten. So haben wir den Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis begründet, zusammen mit der Universität wurden die sechs Mal jährlich stattfindenden Osnabrücker Friedensgespräche ins Leben gerufen, außerdem errichtete die Stadt Osnabrück das Felix-Nussbaum-Haus, das in seiner Synthese der Architektur von Daniel Libeskind mit



**Oberbürgermeister
Hans-Jürgen Fip**

dem künstlerischen Vermächtnis Nussbaums ein internationales Mahnmal gegen Rassismus und Verfolgung darstellt. Mit dem Kinderhilfswerk *terres des hommes*, das seinen Sitz in Osnabrück hat, hat die Stadt eine regelmäßige Zusammenarbeit vereinbart. Ferner ist Osnabrück die Stadt in Deutschland, in der die meisten Initiativen zum Thema Dritte Welt und Agenda 21 laufen. Und schließlich erhielt Osnabrück den Zuschlag für den Sitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung. All diese Organisationen und Aktivitäten zusammengekommen bilden das Profil und unterstreichen den Anspruch, Friedensstadt zu sein.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie das Thema Frieden die Menschen auf der Ebene der Städte und Gemeinden beschäftigt, kann man ermessen, welchen wichtigen Beitrag die kommunale Ebene zum friedlichen Zusammenleben leisten kann. Die Begegnung von Menschen schafft Vertrauen – das wichtigste Element einer zukünftigen Friedenssicherung. Deshalb sind die Aktivitäten der Städte und Gemeinden, sei es im Rahmen von Partnerschaften oder – wie im Fall Osnabrücks – durch Vernetzung mit über 350 Städten weltweit ein grundlegender Beitrag zum Frieden. Hierdurch kann auch die Stadt zu den Zielen beitragen, die im Stiftungsgeschäft der Friedensstiftung zum Ausdruck gebracht werden. Es erfüllt mich mit Stolz, dass Osnabrück als Friedensstadt zusammen mit der DSF einen Beitrag zur Verwirklichung dieser Ziele leisten kann.

Es ist dem Thema wie auch dem Anspruch der Stiftung angemessen, dass die Stadt Osnabrück der Stiftung einen Adelssitz zur Verfügung stellte, um hier ihre Geschäftsstelle einzurichten. Er liegt zudem gegenüber dem Schloss, das von der Universität Osnabrück genutzt wird. Dies unterstreicht die Bedeutung des Themas Frieden, dem die Bundesstiftung Friedensforschung ihre Aktivitäten widmet, und die Bedeutung desselben für die Außendarstellung für die Stadt Osnabrück. Die Stadt wird auch weiterhin den Geschäftsführenden Vorstand, den Stiftungsrat und die Geschäftsführung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Dies liegt im Sinn und Anspruch der Friedensstadt Osnabrück.



**Steinwerk Ledenhof
Sitz der DSF in der
Friedensstadt Osnabrück**

Concordia domi, foris pax – Zu Hause Eintracht, draußen Friede

Christian Wulff
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen möchte ich die Deutsche Stiftung Friedensforschung zu ihrem fünfjährigen Bestehen herzlich beglückwünschen und allen gratulieren und danken, die gleichsam wie eine Familie hinter der Stiftung stehen. Angesichts der vielfältigen regionalen Konflikte auch in unserer Gegenwart und der zahlreichen Gefährdungen des Friedens oder gar des Weltfriedens ist es gut zu wissen, dass es diese Stiftung gibt. Mehr noch: Wenn es sie nicht gäbe, so müsste man sie gründen, um Antworten zu finden auf die zahlreichen Herausforderungen für Frieden und Sicherheit.

Meinen Dank richte ich ausdrücklich auch an die frühere Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, die wesentlichen Anteil an der Errichtung der Stiftung hatte. Auch möchte ich es nicht versäumen, die Verdienste von Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip zu würdigen, dessen charmantem Engagement es zu verdanken ist, dass die Stiftung ihren Sitz in Osnabrück genommen hat.

Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass in Osnabrück der friedliche Umgang mit- und untereinander gepflegt wird. Als Osnabrücker mache ich in meiner Stadt immer wieder erfreuliche Erfahrungen, was den Umgang mit ausländischen Mitbürgern, mit Flüchtlingen, Zuwanderern und Aussiedlern, mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit anbetrifft. In dieser Stadt herrscht ein tolerantes Klima. Und kommt es trotzdem einmal zu Problemen, so reagieren die demokratischen, freiheitlich gesinnten Kräfte, Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen, Parteien, sofort und geschlossen. Dies ist vorbildlich für andere Kommunen, andere Regionen und andere Länder. Denn die Ideale, die man anderswo einfordert, müssen auch durch eigenes Handeln und vor der eigenen Tür mit Leben gefüllt werden. Deshalb freuen wir uns als Niedersachsen, dass Osnabrück, die Stadt des Westfälischen Friedens, als Sitz der Deutschen Stiftung Friedensforschung ausgewählt wurde. In die Historie wie in die Gegenwart der Stadt fügt sich die Stiftung gut ein.

Mit der Stiftung haben wir in Niedersachsen eine Institution aufgenommen, die sich dem hohen Anspruch verpflichtet fühlt, zum friedlichen Zusammenleben der Völker, zum Kampf gegen Krieg, Armut, Hunger und Unterdrückung beizutragen. Die Stiftung will mitwirken beim Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte und für die Regelung internationaler Beziehungen auf der Grundlage des Rechts.

Ich danke namens der Landesregierung den Mitgliedern der Stiftungsorgane für ihren Einsatz, die Welt sicherer und friedlicher zu machen und so Entwicklung und Wohlstand zu fördern.

Dem Internationalen Symposium mit Gästen aus aller Welt, das Sie in diesen Tagen anlässlich Ihres Jubiläums abhalten, ist ein hohes Maß an Aufmerksamkeit zu wünschen. Denn die heutige Zeit ist dringend auf Antworten darauf angewiesen, wie den Bedrohungen durch Terror, Gewalt und Rüstung angemessen zu begegnen ist. Die Anstrengungen für den Frieden überall auf der Welt, auch hier in Osnabrück, sind durchaus gewaltig, aber

in der Wahrnehmung vieler Menschen herrscht der Eindruck vor, dass diese relativ wenig Erfolg haben. Das verwundert auf den ersten Blick nicht. Denn trotz des Traumas der beiden Weltkriege im letzten Jahrhundert gab und gibt es bis heute eigentlich keine Zeiten, in denen nicht aus irgendeiner Region über Krieg oder Terror berichtet wurde. Solche Nachrichten gehören auch heute zum Alltag.

Doch es gibt auch gute Nachrichten. Der „Human Security Report 2005“ gelangt zu der Feststellung, dass die Zahl der gewaltsamen Konflikte und der an diesen Auseinandersetzungen Beteiligten insgesamt rückläufig ist. Es stimmt ferner hoffnungsvoll, dass die internationalen Bemühungen der Vereinten Nationen sowie anderer Staatenbündnisse und Zusammenschlüsse um den Frieden in vielen Fällen Wirkung zeigen. Diese gute Botschaft sollte dann auch bekannt gemacht werden, um den Menschen ein Zeichen der Hoffnung zu geben und zu verdeutlichen, dass der hohe Einsatz nicht vergebens ist und dass er Anerkennung findet.

Die Friedensforschung richtet ihre Aufmerksamkeit unter anderem auch auf freie und gerechte wirtschaftliche Strukturen und faire Handelsbeziehungen. Hierdurch wird ein scheinbarer Widerspruch aufgelöst, der Widerspruch zwischen Napoleons Diktum: „Die Politik ist das Schicksal“ und dem Ausspruch des herausragenden Außenministers der Weimarer Republik, Walther Rathenau: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“. Denn heute wissen wir, dass beide, Politik und Wirtschaft, eng ineinander greifen und ihr effizientes Funktionieren die wesentliche Grundlage dafür ist, dass die Nationen einen friedlichen Umgang pflegen. Ohne freien Zugang aller Nationen zu den Schätzen der Natur, zu den Rohstoffen, ohne freie Wirtschaft und ungehinderten Handel, aber auch ohne politische Stabilität, ohne die Garantie von Recht und Ordnung, wird es heute und in Zukunft keinen wirklichen Frieden, keinen Fortschritt, keine Entwicklung und keinen Wohlstand geben. Deshalb sind wir alle dazu aufgerufen, für eine nachhaltige Entwicklung sowie für einen schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen zu sorgen. Der gleichberechtigte Zugang aller Staaten und Menschen hierzu ist eine zentrale, wenngleich vielleicht nicht die wichtigste Voraussetzung für den Weltfrieden. Als ich jüngst in einem deutschen Wochenmagazin einen aufschlussreichen Beitrag über die drohende Konfrontation zwischen den USA und China um die Ressourcen im Nahen Osten und in Afrika, z. B. im rohstoffreichen Kongo, las, wurde mir einmal mehr klar, dass wir vor diesen Fragen nicht die Augen verschließen dürfen.

Mit der Stiftung teilt das Land Niedersachsen das Anliegen, die natürlichen Lebensgrundlagen in nachhaltiger Weise so zu nutzen, dass sie auch für kommende Generationen erhalten und nutzbar bleiben. Das heißt, wir müssen mehr darauf achten, unsere Aktivitäten jeglicher Art unter dem Aspekt ihrer globalen Auswirkungen und langfristigen Folgen zu betrachten.

Die Stiftung hat sich von der Forschungsprojektförderung bis hin zur Struktur- und Nachwuchsförderung ein gleichermaßen systematisches wie pragmatisches Programm gegeben. Die Förderaktivitäten umfassen so beeindruckende Bestandteile wie die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“, Masterstudiengänge zur Friedens- und Konfliktforschung und eine strukturierte Promotionsförderung. All diese Förderaktivitäten sind von großem Nutzen für Wissenschaft und Politik. Der Stiftung gebührt ein großer Dank, dass sie all diese Projekte in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens auf den Weg gebracht hat.

Wichtig erscheint mir an dieser Stelle der Hinweis, dass die DSF als Stiftung gegründet wurde. Der Stiftungsgedanke garantiert die Erfüllung des Stiftungszwecks unabhängig von externen Einflüssen. Der Stifter als Finanzier bleibt Herr im eigenen Haus. Seit einigen Jahren gibt es deshalb einen starken Trend, neue Stiftungen zu gründen, seien es staatliche oder private.



**Christian Wulff, Ministerpräsident
des Landes Niedersachsen**

Wir wissen, dass die DSF durch den Bund mit einem Stiftungsvermögen in Höhe von 25,5 Millionen Euro zwar gut, aber nicht zureichend für die Erfüllung des Stiftungszwecks ausgestattet wurde.

Der Wunsch nach Zustiftungen oder anderen finanziellen Unterstützungen durch weitere Partner wird sehr wohl vernommen. In Zeiten eines verfassungswidrigen Haushalts in Niedersachsen muss ich allerdings um Verständnis dafür bitten, dass ein solcher Schritt seitens der Landesregierung derzeit nicht möglich ist. Er widerspräche unserem übergeordneten Ziel der finanzpolitischen Konsolidierung und Nachhaltigkeit. Aber ich finde als Ministerpräsident die Perspektive ausgesprochen reizvoll, nach der schwierigen Konsolidierung der Landesfinanzen, nach der Ordnung der finanzpolitischen Angelegenheiten des Landes eine wichtige Stiftung wie die DSF in den Fokus rücken zu können.

Wir werden uns in Fortsetzung unseres ersten Gesprächs im Februar 2004 in den nächsten Jahren des Öfteren begegnen, um diese Frage zu erörtern.

Des Weiteren ist es sicher wünschenswert, dass sich Niedersachsen als Sitzland der Stiftung auch an einem neu zu konstituierenden Zentrum zur Friedens- und Konfliktforschung beteiligt. Unter der Voraussetzung einer hinreichenden Personalausstattung könnte ein entsprechendes Studienangebot geschaffen werden. Ich sage dies ausdrücklich angesichts der aktuellen Debatte um die Föderalismusreform, die man mit der notwendigen Differenzierung betrachten muss. Die angestrebten Veränderungen bieten durchaus Chancen, dass das Land in seiner Hochschulpolitik auf diesem Feld eigene Schwerpunkte setzt.

Ich kann auf dieser Festveranstaltung die Zusage geben, dass wir sehr wohl auch Forschungsgebiete fördern werden, die die Aufgaben des Gesamtstaates und die internationale Ebene im Blick haben. Ich denke hierbei zunächst an das zusammenwachsende Europa, aber auch an die zunehmende Bedeutung multilateraler internationaler Beziehungen und Angelegenheiten, die im Rahmen der Globalisierung an Bedeutung gewonnen haben. Es wird in der Tat eine Nagelprobe für die Bundesländer sein, ob sie nur an der „Kette“ des Bundes oder auch aus eigener Initiative und in einem guten Gesprächsklima mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung zu vernünftigen Ergebnissen kommen. In Zeiten der Globalisierung, in denen der Kommunikation und dem Austausch kaum Grenzen gesetzt sind, ist das Einzelne eng mit dem Ganzen verflochten. Die Entwicklung des Ganzen hat folglich mehr oder weniger großen Einfluss auf das jeweilige Einzelne. Allein deshalb können sich die Länder dieser Verantwortung nicht entziehen.

Außerdem möchte ich hier unterstreichen, dass wir an den Ergebnissen der Forschungsaktivitäten der Deutschen Stiftung Friedensforschung großes Interesse haben, nicht zuletzt um Schlussfolgerungen für unsere Integrationspolitik in Niedersachsen und Deutschland ziehen zu können. Wir benötigen dringend mehr Aufklärung über die religiösen Grundlagen anderer Kulturen, damit wir in der Lage sind, unser Zusammenleben angemessen zu gestalten. 3,5 Millionen Menschen muslimischen Glaubens leben in Deutschland, darunter sind 750.000 Jugendliche in Schulen und Ausbildungseinrichtungen, die ein Recht auf ihre Chancen haben.



Gäste aus Stadt, Land und Bund waren der Einladung der DSF in die Stadthalle Osnabrück gefolgt



Diese werden sie nur ergreifen können, wenn sie sich auf uns einlassen – und wir uns auf sie. Wir werden also sehr viel mehr an Verständigung, kulturellem Austausch und entsprechender Wissensvermittlung leisten müssen, als wir in der Vergangenheit vermutet hatten.

In Niedersachsen gilt für mich der Leitspruch des Kaisers Augustus, nachdem er um die Zeitenwende das Römische Reich befriedet hatte: „concordia domi, foris pax – Zu Hause Eintracht, draußen Friede.“ Und wem das zu lange her ist, der kann nach Lübeck reisen und diese Inschrift auf dem dortigen Holstentor bewundern.

Wir wissen aus langjähriger Erfahrung, dass Regime, die nicht in der Lage sind, ihre inneren Verhältnisse zu ordnen, besonders dazu neigen, durch außenpolitische Aktivitäten, die nicht selten riskante Hasardeur-Eigenschaften annehmen, von ihren Problemen abzulenken. Auch deswegen hat der Satz „Zu Hause Eintracht, draußen Friede“ seine Berechtigung, weil jeder in seinem Umfeld und unabhängig von der jeweiligen Herkunft Verantwortung für das einträchtige und friedliche Zusammenleben der Menschen insgesamt trägt. Und umgekehrt ist es keineswegs gleichgültig, wie sich eine Stadt, ein Bundesland oder der Gesamtstaat im Verhältnis zu den ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen positioniert. Es müssen Zeichen gesetzt werden, die die umstrittene These vom „Zusammenprall der Kulturen“ des amerikanischen Politikwissenschaftlers Samuel Huntington widerlegen. Denn ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, dass nahezu allen Menschen auf dieser Erde das friedliche Zusammenleben ein inneres und existentielles Bedürfnis ist und dass auch die führenden Repräsentanten unterschiedlicher Kulturen ein hinlängliches Interesse daran haben.

An unseren Universitäten, Hochschulen und Instituten haben wir zahlreiche Lehr- und Forschungseinrichtungen, die sich von der Verhaltens- und Soziobiologie über die Psychologie bis hin zur Soziologie und Politikwissenschaft mit den vielschichtigen Aspekten des Friedens- bzw. des Konfliktwesens Mensch beschäftigen. Wir sind stolz darauf, dass wir mit der Deutschen Stiftung Friedensforschung eine herausragende Einrichtung im Land haben, die sich ausschließlich diesem Themenbereich widmet. Und ich meine es ernst, wenn ich betone, dass wir an den Ergebnissen der Stiftungsaktivitäten interessiert sind und die Arbeit mit großem Wohlwollen verfolgen. Wir machen häufig die Erfahrung, dass zwischen Wissenschaft und Politik zwar ein höchst respektabler Umgang gepflegt wird, letztendlich aber doch oft auch ein Nebeneinander herrscht.

Auch wenn wir derzeit kein Geld in die Stiftung einbringen können, kann ich zumindest anbieten, dass wir uns den Ergebnissen der Forschung zuwenden. Wir trauen uns zu, diese zu verstehen und in unsere Politik aufzunehmen.

Wir sind gespannt auf den Festvortrag von Staatsminister Erler, der uns die Tragweite der Verantwortung aller für den Frieden weltweit, vor allem auch die Beiträge von deutscher Seite, deutlich machen wird. Ich möchte der Deutschen Stiftung Friedensforschung an dieser Stelle für ihren Einsatz und ihre Leistungen danken. Es ist gut, dass wir die Stiftung haben. Ich wünsche ihr zum fünfjährigen Jubiläum alles Gute und wünsche dem Internationalen Symposium „Strategies for Peace“ einen erfolgreichen Verlauf. Die Stadt Osnabrück und das Land Niedersachsen werden gute Gastgeber sein.

Grußwort zum fünfjährigen Jubiläum der Deutschen Stiftung Friedensforschung

Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer
Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

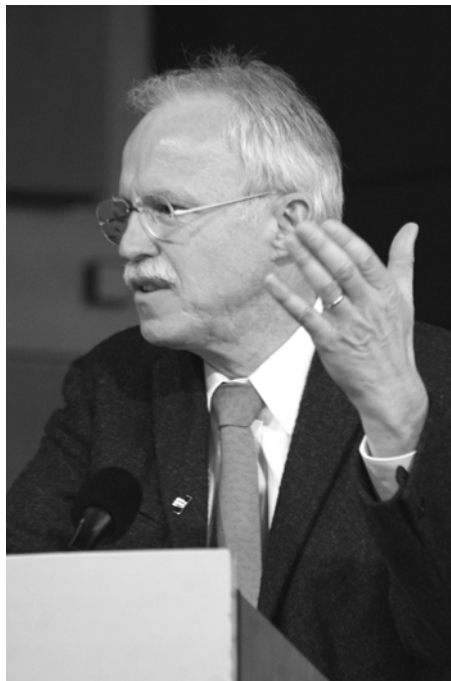
Als ich gebeten wurde, nach Osnabrück zu kommen, um den Bund bei der Festveranstaltung der Deutschen Stiftung Friedensforschung aus Anlass ihres fünfjährigen Bestehens zu vertreten, habe ich aus zwei Gründen sehr gerne zugesagt: Zum einen reizte mich das Thema der Friedens- und Konfliktforschung. In diesem Zusammenhang freue ich mich, dass der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Eler, aus der Perspektive der politischen Praxis erläutern wird, welcher Bedarf an Expertise und Beratung aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung besteht. Aus der Sicht des Forschungsministeriums ist es nicht nur wichtig, dass die Politik auf den Rat der Wissenschaft hört, sie sollte auch immer ein offenes Ohr für Ergebnisse aus der Forschung haben. Aus der Bemerkung meines Vorredners, Ministerpräsident Christian Wulff, klang in dieser Hinsicht eine gewisse Skepsis durch: Wissenschaft und Politik bildeten eher eine Parallelgesellschaft, als dass sie auf fruchtbare Weise miteinander kooperierten. Legt man jedoch die Annahme zugrunde, dass die Politik wirklich auf den Rat der Wissenschaft zu hören gewillt ist, dann gilt es, hieraus die klare Schlussfolgerung ziehen: Die Wissenschaft sollte in einen Stand versetzt werden, der es ihr ermöglicht, profunde Ergebnisse vorzulegen und Handlungsoptionen für die Politik aufzuzeigen. Diesen Gesichtspunkt zu unterstreichen, ist der wesentliche Grund, warum ich nach Osnabrück gekommen bin.

Zum anderen ist das Jubiläum der Stiftung zu begehen. Hierbei geht es mir jedoch weniger um das fünfjährige Bestehen der DSF als vielmehr um eine längerfristige Perspektive. Blickt man auf die bewegte Geschichte der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland der letzten vierzig Jahre zurück, so wird man feststellen, dass diese von Höhen und Tiefen geprägt war. Die Gründung der DSF bildet so etwas wie einen Neuanfang oder zumindest eine neue Anstrengung, die Grundlage für Forschungen auf diesem Themengebiet zu schaffen. Dieser Neuanfang ist zweifellos gelungen, was Anerkennung und Dank verdient. Dies ist für mich der zweite wichtige Grund, warum ich gerne nach Osnabrück gekommen bin.

Der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Dr. Volker Rittberger, hat eingangs schon ausführlich beschrieben, was die Stiftung in den letzten Jahren in Gang gebracht hat. Hier ist einerseits die Forschungsprojektförderung zu nennen und andererseits der Aufbau einer Struktur- und Nachwuchsförderung mit der Stiftungsprofessur und den Masterstudiengängen als wichtigen Bausteinen. Es handelt sich um eine ganze Palette von modernen Instrumenten der Forschungsförderung, die sich nicht nur auf zeitlich begrenzte Forschungsvorhaben beschränkt, sondern sehr viel stärker auch versucht, Strukturen und Prozesse dauerhaft zu gestalten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die wichtige Botschaft des Bundes überbringen, dass wir mit großem Dank und Anerkennung sehen, was die Stiftung in den ersten fünf Jahren erreicht hat. Aus unserer Sicht ist die Errichtung der DSF eine ganz klare Erfolgsgeschichte, wozu wir dem Vorsitzenden, dem Geschäftsführenden Vorstand, dem Stiftungsrat und dem Wissenschaftlichen Beirat, aber auch den zahlreichen Gutachtern und Gutachterinnen und allen weiteren mitwirkenden Kooperationspartnern herzlich gratulieren. Mein Dank gilt auch allen, die sich in der Geschäftsstelle der DSF in Osnabrück

engagieren. Ich weiß aus eigener Anschauung, wie wichtig die Arbeit einer solchen Schaltstelle für die Stiftung ist.

Ich möchte im folgenden einen Blick in die Zukunft werfen und einige Erwartungen formulieren, die sich seitens des Ministeriums an die weitere Entwicklung der Stiftung richten. Wir hoffen zum einen, dass es gelingt, interessante und richtungsweisende Projekte mit anzustoßen und die richtigen Akteure zusammenzuführen. Darüber hinaus hoffen wir, dass die Impulse der DSF im Bereich der Struktur- und Nachwuchsförderung ihre nachhaltige Wirkung entfalten und im Bereich von Lehre und Ausbildung zu einem Selbstläufer werden. Dieses zu leisten liegt in den Händen der Hochschulen und der Bundesländer, die die Initiativen der Stiftung positiv aufgegriffen haben. Hieran knüpft sich schon ein wenig mehr als nur Hoffnung.



Prof. Dr. Frieder Meyer-Krahmer
Staatssekretär im BMBF

Eine zweite wesentliche Erwartung besteht in der internationalen Vernetzung und Sichtbarkeit der Stiftung. Hierfür ist das Internationale Symposium „Strategies for Peace“, das an den beiden kommenden Tagen hier in Osnabrück stattfinden wird, ein wichtiges Signal. Wenn man den Anspruch stellt, ambitionierte Forschung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu betreiben bzw. zu fördern, dann muss auch sichergestellt werden, dass diese international wahrgenommen und anerkannt wird. Und auch andersherum kommt der Stiftung die Aufgabe zu, die Befunde der internationalen Forschung in die hiesige Forschergemeinschaft hineinzutragen. Dies wird auch die Qualität der wissenschaftlichen Expertise für die Politikberatung verbessern.

Es gibt aber noch ein drittes Feld der Erwartungen: Dies besteht darin, Schnittstellen der Friedens- und Konfliktforschung zu anderen Forschungsbereichen zu bilden. Ich möchte mich hier auf Beispiele aus dem eigenen Haus konzentrieren, die meines Erachtens neue Perspektiven bieten. Eine der Prioritäten der neuen Ministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, wird darin liegen, die Geistes- und Sozialwissenschaften aufzuwerten. Hierbei werden insbesondere die Themen ‚Migration‘ und ‚Integration‘ eine zentrale Rolle spielen. Darüber hinaus wird es eine Initiative zur Sicherheitsforschung geben, die zwar sehr technologisch ausgerichtet sein wird, aber durchaus Chancen für den Dialog eröffnet, wie die politische und gesellschaftliche Perspektive forschungspolitisch integriert werden kann.

Eine dritte Schnittstelle besteht in der klassischen Technologieförderung in Verbindung mit den Naturwissenschaften. Prof. Rittberger hat in seinem Beitrag verdeutlicht, wie die Stiftung mit der Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an der Universität Hamburg diese Schnittstelle bereits institutionalisiert hat. Wie mir ferner mitgeteilt wurde, liegt ein zweites Projekt dieser Art bereits für die TU Darmstadt mehr oder weniger fertig in der Schublade. Es konnte jedoch aus finanziellen Gründen noch nicht verwirklicht werden.

Dies führt mich zur Frage der finanziellen Ressourcen. Dieses Problem betrifft nicht nur die Deutsche Stiftung Friedensforschung. Die Wissenschaft ist grundsätzlich unersättlich, wenn es darum geht, die Forschung voranzutreiben. Da sollte sich Herr Ministerpräsident Wulff auch keine Illusionen machen. Denn die Unersättlichkeit besteht nur vordergründig in der Forderung nach mehr Geld. Der Antrieb der Wissenschaft kommt aus dem Streben nach neuen Erkenntnissen, nicht nur mit dem Ziel eines abstrakten Fortschritts, sondern auch im Hinblick auf die Gewinnung relevanter Ergebnisse. Aus diesem Grund wird die Politik den Forderungen der Wissenschaft immer nur zum Teil nachkommen können. Ich hoffe aber, dass wir in den nächsten Jahren in der Lage sein werden, dem Unersättlichkeitstrieb zumindest ein Stück weit entgegen kommen zu können. Leider gibt es im Augenblick keine Salzgitter AG, die zum Verkauf ansteht. Aber vielleicht findet sich etwas Vergleichbares.



Fünf Jahre DSF – Gelegenheit zum Gespräch

Die Schnittstelle zwischen der Technologieförderung und den Naturwissenschaften ist meines Erachtens überaus wichtig. Ich habe mit großem Interesse den von der DSF veröffentlichten Forschungsbericht zur Nanotechnologie von Dr. Jürgen Altmann gelesen. Das ist ein sehr gelungenes Beispiel dafür, wie man die Friedens- und Konfliktforschung unter technischen Aspekten mit den Naturwissenschaften verbinden kann. In diesem Bereich lohnt es sich weiter zu arbeiten. Ferner sollte man Überlegungen anstellen, wie die Projektförderung auch des BMBF hierfür mit eingebunden werden kann. Schließlich möchte ich auf die Schnittstelle „Jahr der Geisteswissenschaften“ verweisen, das für 2007 in Vorbereitung ist. Auch auf diesem Gebiet sollte sich die Stiftung Gedanken machen, welche Möglichkeiten bestehen, sich hier einzubringen.

Mit diesen Beispielen wollte ich einige Hinweise darauf geben, welche Perspektiven sich für die weitere Arbeit der Stiftung eröffnen können und wie die Friedens- und Konfliktforschung eingebettet oder angekoppelt werden kann an eine Reihe anderer Forschungsfelder und Entwicklungen, die sehr gute Anknüpfungspunkte bieten.

Zum Schluss möchte ich allen Beteiligten noch einmal meinen herzlichen Dank aussprechen. Hierbei schließe ich die Stadt Osnabrück und das Land Niedersachsen ein. Ich habe die Ankündigungen von Ministerpräsident Wulff mit Interesse und Freude zur Kenntnis genommen. Wir haben mit der Stiftung, wenn ich das so sagen darf, ein gemeinsames Kind, dessen weitere Entwicklung wir unterstützen sollten, nicht zuletzt im Hinblick auf das Interesse der Politik an kompetenter Beratung. In diesem Sinne wünsche ich der Stiftung Glückauf für die nächsten fünf Jahre und viel Erfolg bei der Verwirklichung der ambitionierten Ziele.



Mitglieder des Osnabrücker Symphonieorchesters umrahmten die Festveranstaltung

Verantwortung für den Frieden. Deutsche Beiträge und europäische Perspektiven

Gernot Erler
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Ich möchte mich für die Einladung bedanken, mit meinem Vortrag den inhaltlichen Schwerpunkt für die Festveranstaltung der Deutschen Stiftung Friedensforschung aus Anlass ihres fünfjährigen Bestehens setzen zu dürfen. Ich bin dieser Einladung gerne gefolgt und darf an dieser Stelle der Stiftung zu fünf Jahren intensiver und wichtiger Arbeit sehr herzlich gratulieren. Außerdem komme ich gerne der Bitte von Außenminister Frank-Walter Steinmeier nach, seine herzlichen Grüße nach Osnabrück zu überbringen.

Ich untergliedere meinen Vortrag zum Thema „Verantwortung für den Frieden. Deutsche Beiträge und Europäische Perspektiven“ in fünf kurze Abschnitte. Ich werde zunächst das Thema Europäische Friedensbeiträge als neue Normalität anschnitten, um anschließend die inhaltliche Prägung dieser Beiträge unter den Stichworten Integration, Prävention und Dialog zu diskutieren. Im nächsten Schritt werde ich beschreiben, worin das besondere deutsche Engagement besteht, um dann die Krise der EU zu behandeln und zu fragen, welche Probleme sie aufwirft, wenn es um die Verantwortung für den Frieden geht. Zum Schluss möchte ich einige Ausführungen über die zukünftigen Perspektiven anfügen.

Ich beginne mit dem Thema „Europäische Friedensbeiträge als neue Normalität“. Am 27. Dezember letzten Jahres bat der Vorsitzende des Department for Peacekeeping Operations der Vereinten Nationen, Jean-Marie Guéhenno, die EU um Hilfe. Die Unterstützung sollte dem Kongo zugute kommen, der sich im Übergangsprozess von einem zwölfjährigen, verlustreichen Krieg mit ca. vier Millionen Toten und etwa derselben Zahl an Vertriebenen hin zu einer politischen Stabilisierungsphase befindet. Das Land, in dem die Vereinten Nationen die umfangreichste und kostspieligste Friedensmission ihrer Geschichte durchführen, gerät nun, da der Übergangsprozess mit einem Wahlgang abgeschlossen werden soll, in eine kritische Phase.

Am 25. April 2006 machte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit seiner Resolution Nr. 1671, die die völkerrechtliche Legitimationsgrundlage für eine europäische Friedensmission bildet, den Weg frei. Ich selbst bin erst gestern Morgen aus der Hauptstadt Kinshasa zurückgekehrt, wo ich mir vor Ort einen Einblick in die Lage verschafft habe. Ich bin tief beeindruckt davon, welche enorme Erwartungen sich an die europäische Mission richten und wie groß das Vertrauen in die Fähigkeiten der Europäer ist. Beides ist verbunden mit dem großen Wunsch, nun endlich dafür zu sorgen, dass diese lange Kriegsphase zum Abschluss kommt. Bei uns in Deutschland hat berechtigterweise eine Diskussion um einen möglichen Kongo-Einsatz begonnen, die eine Reihe kritischer Fragen zum Sinn und zur Durchführbarkeit einer solchen Mission aufwirft. Im Unterschied zu früher ist die EU aber heute in der Lage, eine solche Anfrage positiv zu beantworten. Sie kann auf einschlägige Erfahrungen zurückgreifen. Sollte die Mission in der Demokratischen Republik Kongo auf den Weg gebracht werden, so wird sie bereits die 16. Friedensmission der EU sein.

Hierdurch ist eine neue Normalität entstanden, die viele vor nicht allzu langer Zeit für nicht möglich gehalten hätten. Denn es ist erst sieben Jahre her, dass Europa angesichts von vier aufeinander folgenden Balkankriegen, die die Europäische Union nicht hatte verhindern können, an einem politischen Tiefpunkt angekommen und von demonstrativer Hilflosigkeit gekennzeichnet war. Es ist erst dreieinhalb Jahre her, dass die Europäische Union zum ersten Mal zivile und militärische Friedensoperationen durchführte. Und es ist erst zweieinhalb Jahre her, dass die EU eine gemeinsame Sicherheitsstrategie beschlossen hat, die einen konzeptionellen Rahmen für diese Aktivitäten bildet. Heute ist die EU aus den internationalen Friedensbemühungen nicht mehr wegzudenken, auch wenn angesichts der Probleme mit der europäischen Verfassung niemand die globale Rolle der EU überschätzen wird. Gleichwohl wurden in sehr kurzer Zeit Fähigkeiten entwickelt und Kapazitäten aufgebaut, die heute auf eine wachsende Nachfrage stoßen. Dies spiegelt sich auch in den 16 Missionen wider, die in vergleichsweise kurzer Zeit stattgefunden haben. Diese Nachfrage ist positiv für das Ansehen und das Prestige der EU, insbesondere im Zusammenhang mit der eigenen krisenhaften Entwicklung im Rahmen der Verfassungsdiskussion. Aber die Frage lautet: Worauf richtet sich eigentlich diese Nachfrage und was sind die Leistungen, die erwartet werden?



Gernot Erlen, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Dies bringt mich zum zweiten Abschnitt meines Vortrags, der die inhaltliche Prägung der europäischen Friedenspolitik unter den Stichworten Integration, Prävention und Dialog zu fassen versucht. Wir kennen in der Geschichte das Phänomen der Prägekraft von Anfangsphasen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass die DSF einmal ein Forschungsprojekt über das Jahr 1999 bewilligt. In diesem Jahr wurde eine Vielzahl grundsätzlicher Entscheidungen gefällt, die einen konstitutiven Charakter für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik haben. 1999 stand Europa unter dem Schock des Kosovo-Krieges, des vierten blutigen Balkankrieges, der nicht hätte verhindert werden können. Folglich mussten Lehren aus diesen Kriegen gezogen werden, die unmittelbar vor der Haustür der EU stattfanden.

Die erste weitreichende Entscheidung bestand darin, das Integrationsangebot, das bis dahin nur an die Länder Ost- und Mitteleuropas gerichtet war, auf die Länder Südosteuropas auszudehnen. Dies geschah aufgrund der Beobachtung, dass dieses Integrationsangebot in Osteuropa eine enorme friedensmobilisierende Kraft ausgelöst hatte. Noch wäh-

rend des Kosovokrieges wurde der Stabilitätspakt für Südosteuropa von Deutschland aus der Taufe gehoben. Hieraus ist später der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Südosteuropa hervorgegangen. Dieser wiederum mündete in die Entscheidung des Europäischen Rats von Thessaloniki vom Juni 2003, die eine verbindliche europäische Integrationsperspektive für die Länder Südosteuropas eröffnete. Integrationspolitik wurde bewusst als Friedenspolitik verstanden.

In Köln und Helsinki legten Europäische Räte im Jahr 1999 weitere entscheidende Weichenstellungen fest. Sie galten dem Ziel, eine eigene europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzubauen und hierfür auch einen personellen Zuständigkeitsbereich zu schaffen. Das Amt des Generalsekretärs und Hohen Repräsentanten der Außen- und Sicherheitspolitik der EU wurde an Javier Solana vergeben, der bis heute in dieser Funktion tätig ist. Die EU beschloss ganz bewusst, eigene Kapazitäten zu schaffen, die sowohl eine zivile als auch eine militärische Komponente haben sollten. Die bekannten „Helsinki Headline Goals“ formulierten das Ziel, dass Europa innerhalb von nur vier Jahren bis zum Jahr 2003 faktisch einsetzbare Kapazitäten aufbaut. Die erste Bewährungsprobe für die gemeinsame Außen und Sicherheitspolitik kam sehr schnell: Als sich seit Februar 2001 ein fünfter Balkankrieg in Mazedonien abzeichnete, sprachen die Europäer zum ersten Mal mit einer Stimme. Javier Solana hatte einen entscheidenden Anteil daran, dass der Friedensvertrag von Ohrid vom 17. August 2001 zustande kam, wodurch eine weitere gewaltsame Auseinandersetzung unterbunden werden konnte. Bis heute basiert die Entwicklung Mazedoniens auf dieser Vertragsgrundlage.

Zwei Jahre später, im Jahr 2003, führte die EU plangemäß die jeweils zwei ersten zivilen und – noch in bescheidenem Umfang – militärischen Friedensoperationen durch: die beiden Polizeimissionen in Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sowie eine begrenzte Militärmission ebenfalls in Mazedonien und ARTEMIS, die Mission in Bunia im Kongo. Letztere war die erste autonome EU-Operation, die sich allerdings nur auf ein Jahr beschränkte. Am 12. Dezember 2003 folgte ein weiterer sehr wichtiger Schritt, als man sich auf eine eigene europäische Sicherheitsstrategie unter dem Titel „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ verständigte. Der programmatische Titel enthält schon die Markenzeichen der heutigen europäischen Friedensbemühungen: das Bekenntnis zu einer europäischen Verantwortung für den Frieden im globalen Maßstab und das Ausbuchstabieren eines umfassenden Sicherheitsbegriffs mit der Konzentration europäischer Fähigkeiten auf der Konfliktprävention, dem Krisenmanagement und der Konfliktnachsorge, was auch unter dem Stichwort Friedenskonsolidierung gefasst werden kann. Zugleich wurde eine Abfolge von politischen Schritten im Krisenfall festgelegt: Zuerst sind Maßnahmen der Krisen- und Gewaltprävention vorgesehen, die in eine Verhandlungslösung münden sollen. Nur im Fall eines Scheiterns all dieser Ansätze kann notfalls auf das Mittel der Gewaltanwendung zurückgegriffen werden. Diese europäische Prioritätensetzung reflektiert eine Interventionsskepsis, die sich im Dezember 2003 schon auf konkrete Erfahrungen stützte. Denn die Friedenskonsolidierung auf dem Balkan nach dem Friedensvertrag von Dayton erwies sich als ausgesprochen schwierig und kostspielig. Ähnliche Beobachtungen konnte man zu dieser Zeit bereits im Irak machen.

Das Ziel einer gerechteren Weltordnung, wie es im Titel der europäischen Sicherheitsstrategie formuliert ist, war die europäische Antwort auf die Terroranschläge vom 11. September 2001. Das Leitmotiv einer gerechteren Weltordnung ist im Sinne einer globalen Präventionspolitik zu verstehen. Sie soll dazu beitragen, dass es künftig ungleich schwieriger wird, unzufriedene, gedemütigte, ausgeschiedene und marginalisierte Gruppen als Nachwuchs für die internationalen Netzwerke des Terrorismus zu rekrutieren. Diese Zielsetzung

fürte zugleich zu einer enormen Aufwertung der Entwicklungspolitik in ganz Europa und insbesondere auch in Deutschland. Die Millenniumsziele und Armutsprogramme der Vereinten Nationen wie auch die Entschuldungsprogramme wurden plötzlich als Teil einer neuen Sicherheitspolitik gesehen und erhielten eine ungleich höhere Wertschätzung als zuvor. Schließlich enthält die europäische Strategie auch ein eindeutiges Bekenntnis zu den Regeln und Maßgaben des Völkerrechts wie auch zur Führungsrolle der wichtigsten Weltorganisation, der Vereinten Nationen. Sie soll verhindern, dass Sprachlosigkeit zur Konflikteskalation beiträgt, sie soll helfen, Menschenrechte durchzusetzen und hierbei auch internationale Gerichte wie den Internationalen Strafgerichtshof unterstützen.

Diese programmatische Festlegung der europäischen Friedenspolitik ist immer auch als eine Art Ferndialog mit anderen Strategien, z. B. mit der amerikanischen National Security Strategy, die der amerikanische Präsident George W. Bush am 17. September 2002 vorgestellt hatte, begriffen worden. Hierbei sind wichtige Unterschiede zu den europäischen Ansätzen zu beobachten: In der amerikanischen Doktrin herrscht das Prinzip des selektiven Multilateralismus vor, der mit der Ankündigung verbunden ist, dass, wenn der Multilateralismus nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt, als Alternative eben auch die aus dem Irakkrieg bekannten Coalitions of the Willing, mit anderen Worten ad-hoc-Bündnisse, treten können bis hin zu unilateralem Handeln unter Einschluss der „Doctrine of Preemption“. Der Begriff mag zwar ähnlich klingen wie „Prevention“, er bedeutet aber genau das Gegenteil und fordert einen Rechtsanspruch, auch gewaltsam einen „Regimechange“, einen Regierungswechsel, vornehmen zu können. Diese Doktrin rechtfertigt den vorbeugenden Einsatz von Gewalt auch dann, wenn das Völkerrecht keine Legitimationsbasis schafft.

Die Umsetzung dieser Konzepte und ihre Folgen konnten wir im Verlauf des Irakkrieges 2003 beobachten. Interessanterweise liegt nun seit wenigen Wochen eine Fortschreibung der nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten vor, die derselbe Präsident am 16. März dieses Jahres der Öffentlichkeit vorstellte. Noch immer ist der gleiche Pfad in Bezug auf den selektiven Multilateralismus erkennbar. Gleiches gilt zwar auch für die Doktrin der Preemption, nun aber mit interessanten Einschränkungen. Das Recht auf vorbeugende Gewaltanwendung darf eigentlich nur dann ausgeübt werden, wenn die Vereinigten Staaten durch einen Angriff mit Massenvernichtungswaffen bedroht sind. Die Sicherheitsstrategie kommt zudem zu der Schlussfolgerung, dass die langfristigen Ziele der USA nur zusammen mit den Verbündeten erreicht werden können. Schließlich hält sie fest, dass die amerikanische Politik einer Präferenz für diplomatische Lösungen folgen soll.

All diese Veränderungen und Differenzierungen bedeuten noch keine völlige Abkehr von der vorherigen Doktrin und militärischen Strategie. Es ist aber unschwer zu erkennen, dass die Doktrin nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit dem Irakkrieg auf interessante Weise weiterentwickelt worden ist. Objektiv gesehen heißt dies, dass die europäischen und die amerikanischen Ansätze näher aneinander rücken. Deshalb lohnt sich meines Erachtens der Versuch, einen Dialog über die Weiterentwicklung dieser programmatischen Festlegungen in Gang zu bringen.

Ich kehre zurück zur EU und den fünfzehn ESVP-Missionen. Diese teilen sich heute interessanterweise so auf, dass nur eine wirklich militärische Aktion unter dem Namen ALTHEA in Bosnien-Herzegowina von der EU durchgeführt wird, während alle anderen ziviler Natur sind. Neben den bereits genannten Einsätzen aus dem Jahr 2003 gibt es drei Polizeimissionen: EUPOL Kinshasa im Kongo, AMIS II, die zum Ziel hat, die Afrikanische Union auch mit einer Polizeikomponente für ihren Einsatz in Darfur im Sudan auszurüsten

sowie EUPOL COPPS, wo versucht wird, eine zivile palästinensische Polizei aufzubauen. Ferner unterstützt die EU mit der Mission EUSEC Kongo die Sicherheitssektorreform in der Demokratischen Republik Kongo und überwacht mit der AMM „Aceh Monitoring Mission“ ein Friedensabkommen in Indonesien. Zu den drei Grenzmissionen der EU gehören eine in Georgien, eine andere an der Grenze zwischen der Ukraine und Moldau in Transnistrien sowie eine in Rafah zum Schutz des normalen Verkehrs zwischen Ägypten und dem Gaza-Streifen. Hinzu kommen zwei Rechtsstaatsmissionen, eine in Georgien zur Reform der Strafjustiz und EUJUS LEX im Irak, mit der 700 irakische Richter, Staatsanwälte und hohe Polizeioffiziere von der EU ausgebildet werden.

Die EU ist also mit Friedensinitiativen in zehn verschiedenen Ländern befasst: auf dem Balkan, an der Moldau, in Palästina, Georgien, im Irak, Sudan, Kongo und in Indonesien. Überall sollen die gleichen Prinzipien und Grundsätze angewandt werden. Es ist an dieser Stelle möglicherweise hilfreich, ein prominentes Beispiel herauszugreifen, das nicht in den Bereich der ESVP gehört, um zu veranschaulichen, wie diese Prinzipien angewandt werden. Das ist der hoch aktuelle Konflikt mit dem Iran. Er geht auf die Feststellung der IAEA aus dem Jahr 2003 zurück, wonach die iranische Republik entgegen den Vertragsverpflichtungen 18 Jahre lang verdeckte Atomprogramme durchgeführt hat. Sie weckten den Verdacht, dass der Iran das Verbot zur Erforschung und Entwicklung von Atomwaffen missachtet haben könnte. Eigentlich hätte diese Feststellung unmittelbar dazu führen können oder sogar müssen, den Iran vor die Schranken der Weltorganisation zu zitieren. Auf der Grundlage der europäischen Sicherheitsstrategie wählten die europäischen Staaten bezeichnenderweise einen anderen Weg, der die Prioritäten auf Dialogprozesse und Verhandlungslösungen setzte. Nach einer längeren Verhandlungsphase legten Frankreich, Großbritannien und Deutschland am 5. August letzten Jahres der iranischen Seite als Ergebnis ein Konzeptpapier vor, das die Aufhebung der Sanktionen vorsah, wenn der Iran eine enge Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Nukleartechnologie vereinbart.

Ferner sah das Papier weitere Angebote an die iranische Regierung vor, so z. B. die Eröffnung von Marktzugängen sowie eine Kooperation auf dem Gebiet der Hochtechnologie und im Sicherheitsbereich. Sogar die positive Erwähnung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten wurde aufgenommen. Als Gegenleistung forderten die europäischen Verhandlungspartner den freiwilligen Verzicht auf Aktivitäten, die einen ambivalenten Charakter im Bereich von Konversion, Anreicherung und Wiederaufarbeitung haben können. Im Augenblick wird auf internationaler Ebene darum gerungen, diesen Konflikt nicht weiter eskalieren zu lassen. Die Bedeutung der EU-Initiative besteht darin, dass eine alternative politische Perspektive geschaffen wurde, die zumindest als Rückfallposition genutzt werden kann. Wir müssen folglich alles daran setzen, dass diese Alternative auch in der iranischen Öffentlichkeit ernst genommen wird. Entweder der Iran wählt den Weg in die Isolation oder er nimmt das intensive Kooperationsangebot an, das die EU unterbreitet hat. An diesem Beispiel kann man verdeutlichen, wie die Prinzipien von Integration, Prävention und Dialog durch die Europäische Union praktische Anwendung finden und wie die Europäische Union und Deutschland die Aufgabe einer Verantwortung für den Frieden begreifen.

Dies führt mich zu dem Abschnitt, worin eigentlich das deutsche Engagement in diesem Kontext besteht. Die Bundesrepublik hat aktiv an der Entwicklung dieser Prinzipien mitgewirkt. Sie beteiligt sich sowohl personell als auch finanziell an den 15 EU-Missionen. Ein herausragendes Beispiel ist ALTHEA in Bosnien-Herzegowina, wo Deutschland 1.000 von 6.000 eingesetzten Soldaten und damit das stärkste Kontingent stellt.

Aber unsere Aktivitäten sind nicht nur auf die Ebene der EU ausgerichtet. Aus tiefster Überzeugung hat sich Deutschland inzwischen zum drittgrößten Finanzgeber der Vereinten Nationen entwickelt. Es ist immer mit 8,6 Prozent der Kosten an allen VN-Aktivitäten beteiligt. Im Jahr 2005 belaufen sich die zur Verfügung gestellten Mittel auf eine Gesamtsumme von 3,7 Milliarden Euro, davon 315 Millionen Euro für die Peacekeeping Operations der Vereinten Nationen. Deutschland beteiligt sich an insgesamt neun verschiedenen Operationen. Auch im Bereich der Truppenstellung für VN-mandatierte Friedenseinsätze nimmt unser Land mit im Schnitt 6.500 Soldaten und etwa 300 Polizisten einen Spitzenplatz ein. Deutschland beteiligt sich zudem an den Aktivitäten der OSZE. In den 18 Missionen und Präsenzen sind etwa 80 entsandte Kräfte tätig. Weitere übernehmen wichtige Aufgaben im Bereich der von der OSZE organisierten Wahlbeobachtungen. Im Schnitt sind deutsche Spezialisten mit einem Anteil von 10 Prozent vertreten, was im Jahr 2005 eine Zahl von etwa 350 Personen ausmachte.

Schließlich ist Deutschland auch im Rahmen der NATO aktiv. Und es ist kein Zufall, dass insbesondere die Missionen zur Friedenskonsolidierung unterstützt werden, so z. B. bei ISAF in Afghanistan, wo 2.500 der 9.000 eingesetzten Soldaten gestellt werden oder bei KFOR im Kosovo, wo der deutsche Anteil 2.500 Soldaten von insgesamt 16.000 Mann beträgt. In beiden Fällen ist Deutschland der größte Truppensteller.

Ein besonderes Aushängeschild der nationalen deutschen Politik ist aber die zivile Krisenprävention. Von Anfang an hat die Bundesregierung parallel zur europäischen Entwicklung auf diesem Gebiet besondere Anstrengungen unternommen. Zunächst benannte sie Beauftragte für Krisenprävention im Auswärtigen Amt und im BMZ. Es folgten die Gründung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) und der Aufbau des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF). Beide Einrichtungen bilden Fachleute aus, die benötigt werden, um die genannten zivilen Friedensmissionen der EU und der anderen Organisationen überhaupt bedienen zu können. Am 12. Mai 2004 hat die Bundesregierung den „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ verabschiedet, der eine Zusammenstellung von 161 Maßnahmen aus verschiedenen Ministerien enthält. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung hat den Aktionsplan zum Gegenstand eines Parlamentarischen Abends gemacht und die Diskussion um seine Umsetzung aus wissenschaftlicher Perspektive begleitet. Mit der Bildung des Ressortkreises „Zivile Krisenprävention“, einem Kreis von Fachleuten aus relevanten Ministerien, und des Beirates für zivile Krisenprävention ist es gelungen, nicht nur die verschiedenen Politikfelder der Bundesregierung zusammenzuführen, sondern zugleich auch die Kompetenzen und Kenntnisse aus der Zivilgesellschaft, aus der Friedensbewegung und der Friedensforschung zu mobilisieren. Auch diese Aktivitäten sind im Kontext der Zielperspektive zu sehen, die Prinzipien der europäischen Sicherheitsstrategie umzusetzen. Nach zwei Jahren Arbeit muss nun ein umfassender Bericht über das im Rahmen des Aktionsplans Erreichte für den Deutschen Bundestag erstellt werden. Das 120 Seiten umfassende Dokument beschreibt, wie in den vergangenen beiden Jahren die Elemente ziviler Krisenprävention weiterentwickelt wurden. Hierbei erscheint mir der Hinweis wichtig, dass man für eine effiziente Arbeit in diesem Bereich Pools von ausgebildeten Fachleuten zur Verfügung haben muss. Hierbei spielt das ZIF eine ganz entscheidende Rolle. Darüber hinaus ist es unerlässlich, mit Fachleuten und Wissenschaftlern, sei es aus der Friedensbewegung oder der Friedensforschung, zusammenzuarbeiten, die regionale und strukturelle Kenntnisse einbringen können. Der Deutschen Stiftung Friedensforschung kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Aufgabe zu. Angesichts der zahlreichen Konfliktschauplätze weltweit, ist es zwingend notwendig, einschlägige Expertisen aus der Gesellschaft und der Wissenschaft zu bekommen.

Ohne diese Fachkenntnisse sind solche Missionen überhaupt nicht vorzubereiten, geschweige denn durchzuführen. Aus diesem Grund sind wir sowohl für die Umsetzung der europäischen Friedenspolitik als auch für die Bereitstellung der deutschen Beiträge auf diese Hilfe angewiesen. Die Aufgabe der Stiftung erschöpft sich nicht darin, Projekte zu fördern und wissenschaftliche Kongresse abzuhalten. Was uns als politische Entscheidungsträger besonders interessiert, sind die Ergebnisse, von denen wir geradezu abhängig sind, um überhaupt eine erfolgreiche internationale Arbeit machen zu können.

Ich habe in meinem Beitrag zu verdeutlichen versucht, mit welcher erstaunlichen Geschwindigkeit die Fähigkeiten für eine verantwortungsvolle europäische Friedenspolitik geschaffen wurden und welche große Nachfrage in diesem Bereich besteht. Ich möchte es allerdings nicht versäumen, auch auf einige dunkle Wolken hinzuweisen. Dies führt mich zu dem Abschnitt „Krisenhafte Entwicklungen in der EU“ und was diese in Bezug auf die Verantwortung für den Frieden bedeuten können. In der Öffentlichkeit ist heute öfter von einer dreifachen Krise der EU die Rede: einer Krise der Verfassung, einer Krise der Finanzierung, obwohl im Dezember 2005 einige hilfreiche Beschlüsse gefasst wurden, und einer Krise der Erweiterungspolitik, die mit den beiden ersten Punkten in enger Verbindung steht. Die sich hieraus ableitende Frage lautet: Wie wirkt sich diese Entwicklung auf das ESVP-Programm, auf die gemeinsame Außen- und Friedenspolitik der EU und Deutschlands aus?

Eine Zwischenbilanz zeigt, dass die Nachfrage nach Missionen und Aktivitäten im Rahmen der ESVP ungebrochen ist. Die Einrichtung der europäischen Verteidigungsagentur ist auf der Basis der Vereinbarungen von Nizza möglich geworden und inzwischen trotz der Krise erfolgt. Außerdem ist die lange geplante Solidaritätsklausel, die im Rahmen des Verfassungsprozesses angedacht war und die weitere Integration der Sicherheitsinteressen vorantreiben sollte, nach den blutigen Terroranschlägen von Madrid vom 11. März 2004 durch den Europäischen Rat am 25. März 2004 vorzeitig in Kraft gesetzt worden. Auch die Umsetzung des Konzeptes, bis zum Jahr 2007 eine schnelle Eingreiftruppe in Form von europäischen „Battlegroups“ aufzustellen, macht gute Fortschritte und wird offenbar nicht durch die Krise behindert. Dasselbe gilt für das zivile Pendant, die Polizeiverbände. Wir stellen fest, dass heute schon die europäischen zivilen und militärischen Kapazitäten nachgefragt werden, obwohl diese noch gar nicht einsatzbereit sind.

Bedauerlich bleiben jedoch wichtige Entwicklungshemmnisse der europäischen Friedenspolitik. Durch das vorläufige Scheitern des Verfassungsprozesses ist es nicht möglich, die Institution eines europäischen Außenministers einzurichten. Ferner ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU deutlich unterfinanziert. Und schließlich bestehen Mängel bei der inneren Kohärenz von Entscheidungsprozessen, die sich nur durch neue Strukturen, wie sie im Verfassungsentwurf vorgesehen waren, beseitigen lassen. Ganz besonders gefährlich ist aber aus unserer Sicht – und das ist meine tiefe Überzeugung – die Ausblendung der friedenspolitischen Komponente der 1999 erweiterten Integrationspolitik in Europa. Hier geht es insbesondere um die Region des Westbalkans, also vor allem um die fünf Staaten Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro, Mazedonien, Kroatien und Albanien. Es ist offensichtlich, dass wir an einer Enlargement-Fatigue, einer Ermüdung des Erweiterungsprozesses, leiden. Die Aufnahme von zehn Staaten mit rund 75 Millionen Menschen durch die Europäische Union am 1. Mai 2004, ist zweifellos ein großer Happen, der erst einmal verdaut werden muss. Auf der Basis der Verträge von Nizza, die die heutige Struktur der EU bestimmen, bestehen große Schwierigkeiten, weitere Erweiterungsschritte einzuleiten. Die Vorgehensweise im Hinblick auf Bulgarien und Rumänien hat zudem zu Verärgerungen geführt, da der Eindruck entstanden ist, dass die

EU nicht auf der vollen Einführung des „Acquis Communautaire“ bestand. Und es gibt viele Menschen, die besorgt über den Verhandlungsprozess mit der Türkei sind, weil sie von der irrigen Vorstellung ausgehen, dass über einen Beitritt schon morgen oder übermorgen entschieden wird. Aber ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich zum Ausdruck bringen, dass es ohne diese friedenspolitische Komponente der europäischen Politik sehr schwierig werden wird, die aktuellen Probleme und Herausforderungen in Südosteuropa, insbesondere auf dem Balkan, zu lösen. Wir stehen in diesem Jahr vor der enormen Herausforderung, die Statusfrage für den Kosovo zu klären und eine Position zum Ergebnis des Referendums am 21. Mai in Montenegro zu finden. Am 26. April 2006 mussten wir im Hinblick auf den Verfassungsprozess in Bosnien-Herzegowina einen erheblichen Rückschlag hinnehmen, als die geplante Verfassungsänderung, die den Gesamtstaat und die Befugnisse der Zentralregierung hätte stärken sollen, nicht die erforderliche Mehrheit im Parlament fand. Diese Beispiele verdeutlichen, dass noch keine endgültige Konsolidierung in einer Region erreicht wurde, in der Europa eine wesentliche Verantwortung übernommen hat. Und alle Beteiligten, die Verantwortung tragen, weisen unmissverständlich darauf hin, dass wir eine europäische Integrationsperspektive brauchen, um die Probleme lösen zu können. Als politisch Verantwortliche müssen wir uns der gemeinsamen Aufgabe stellen – ebenso wie die Fachleute in der Zivilgesellschaft –, zusammen zu arbeiten, in dieser Diskussion wieder die Führung zu übernehmen und eine offensive Überzeugungsarbeit in der Öffentlichkeit über diese Zusammenhänge zu leisten.

Ich komme zum Schluss mit einigen Bemerkungen über die weiteren Aussichten. Ich bin erstens überzeugt, dass die Aufgaben und Herausforderungen auf dem Gebiet der Friedenssicherung sowohl für Deutschland als auch für die EU in Zukunft nicht geringer werden. Wir werden eine dauerhafte Kräftebindung in postinterventionistischen Konstellationen haben, wo wir uns der Aufgabe einer dauerhaften Friedenskonsolidierung annehmen müssen. Das gilt für Afghanistan ebenso wie für den Balkan, wo Deutschland in besonderer Weise engagiert ist. Noch immer haben wir die Mahnung von Kofi Annan im Ohr, das Konzept des „Sustainable Peace“ zu verfolgen, d. h. wer in einer Konfliktregion interveniert hat, trägt die Verantwortung bis zum erfolgreichen Abschluss des Friedensprozesses. Dieser erstreckt sich bis zu dem Zeitpunkt, da eine Eigenverantwortung („Ownership“) durch lokale Akteure übernommen werden kann. Wir alle sind uns im Klaren darüber, wie schwierig und kompliziert dieser Prozess der Friedenskonsolidierung im Irak noch sein wird.

Zweitens müssen wir mit erhöhten Anforderungen auf dem afrikanischen Kontinent rechnen. Dieses Thema ist hoch aktuell, nicht zuletzt auch deshalb, weil wir zu lange weggeguckt und uns weggeduckt haben. Und längst ist die Erkenntnis gewachsen, dass die dortigen Konflikte interdependent sind, d. h. alle miteinander in Verbindung stehen. Wenn die Friedenskonzepte in einem so wichtigen Staat wie dem Kongo scheitern, dann werden die Folgen auf dem ganzen Kontinent spürbar sein. Vielleicht kann die Afrikanische Union (AU) eine Stütze sein, wenn sie sich auf einen vergleichbaren Weg wie vor vielen Jahren die Europäische Union begibt. Wir sind gut beraten, Hilfestellungen zu geben, um die AU künftig in die Lage zu versetzen, ähnliche Konzepte zu erarbeiten und ähnliche Anstrengungen zu unternehmen, wie sie inzwischen von der EU geleistet werden.

Drittens sage ich voraus, dass auf die EU neue Anforderungen zukommen werden, insbesondere aus den Gebieten im Osten Europas, wo wir es mit so genannten „frozen conflicts“ in Nagorny Karabach, den zwei Konfliktherden Abchasien und Südossetien in Georgien, in Transnistrien zu tun haben. Es ist sozusagen fast eine tragische Entwicklung, dass die EU sich diesen Herausforderungen stellen muss. Das Engagement der EU ist

gefragt, weil die Friedensmissionen der EU bisher so erfolgreich sind, weil sie auf vernünftigen und anerkannten Prinzipien beruhen und weil sie nicht dem Ziel dienen, geopolitische oder sonstige Interessen zu vertreten. Ich kann aus eigener Beobachtung berichten, dass dies in den Konfliktregionen auch so wahrgenommen wird. Und ich verbinde dies mit einem Hinweis an die DSF: Wir brauchen Expertisen in einem erheblichen Umfang, da wir uns voraussichtlich diesen Anforderungen in einer mittelfristigen Perspektive gar nicht werden entziehen können. Ich halte es ferner nicht für unwahrscheinlich, dass auch aus anderen Weltregionen aufgrund dieser kurzen, aber erfolgreichen Geschichte vieles auf uns zukommen wird.

Wir können uns einerseits über das Vertrauen freuen, aber ich gestehe gerne ein, mir wird andererseits manchmal bange, wenn ich sehe, wie viele Erwartungen und Hoffnungen sich auf die EU und auf die Bundesrepublik Deutschland richten. Diese Nachfrage bedeutet zugleich: Es gibt keine Alternative dazu, die Fähigkeiten zur Integration und Prävention sowie zum Dialog auszubauen und dabei die vorhandenen Instrumente und Strategien in intelligenter und kreativer Weise weiterzuentwickeln. Das wird nur möglich sein, wenn Politik und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten und das gemeinsame Know-how nutzen. Europa steht vor der Aufgabe, einen Weg aus der vielschichtigen Krise zu finden, um diese erweiterten Anforderungen beantworten zu können. Die Europäer schauen auf die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 und richten große Erwartungen an uns, die inneren Probleme der EU zu lösen. Darüber hinaus müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, mit den anderen Partnern, von den Vereinigten Staaten über Russland bis China und Indien, einen intensivierten Dialog über die Prinzipien einer internationalen Friedenspolitik zu führen. Auf Dauer kann es nicht angehen, dass die Lasten und Erwartungen immer auf denselben Schultern liegen.

Es ist die gemeinsame Verantwortung für den Frieden, die uns heute hier in Osnabrück zusammengeführt hat. Der Anlass ist ein sehr schöner, der fünfte Geburtstag der Deutschen Stiftung Friedensforschung. Wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit aufgebaut. Der große Bedarf an Ergebnissen aus den DSF-geförderten Projekten soll sich nicht nur in der Fortsetzung dieser Partnerschaft manifestieren, sondern ausdrücklich – das kann ich hier zusagen – auch in Bemühungen, die finanzielle Ausstattung der Stiftung so zu gestalten, dass sie den großen Erwartungen gerecht werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir gemeinsam, auch im Deutschen Bundestag, ringen müssen.

Aber dies ist ein anderes Thema, das uns wegführt von den Glückwünschen, die ich zum Schluss noch einmal erneuern möchte.

II.

Veranstaltung zur
feierlichen Übergabe des
Sonderpostwertzeichens und
der Gedenkmünze
100 Jahre Friedensnobelpreis
Bertha von Suttner
am 12. Januar 2006
im Steinwerk Ledenhof in Osnabrück
durch die
Parlamentarische Staatssekretärin
beim Bundesminister der Finanzen,
Dr. Barbara Hendricks

Die Vision vom Frieden – Bertha von Suttners Erbe für die Friedensforschung heute

Volker Rittberger

Als Vorsitzendem der Deutschen Stiftung Friedensforschung ist es mir eine besondere Ehre und Freude, Sie heute am Sitz der Stiftung in der Friedensstadt Osnabrück zur Vorstellung und Übergabe des Sonderpostwertzeichens sowie der Gedenkmünze zum 100. Jahrestag der Verleihung des Friedensnobelpreises an Bertha von Suttner zu begrüßen.

1. Würdigung Bertha von Suttners

Wir würdigen heute das Leben und Wirken Bertha von Suttners als einer mutigen Streiterin für die Überwindung des Krieges zwischen den Staaten und für die Abschaffung oder zumindest Begrenzung der Gewaltmittel, auf die sich jede staatliche Kriegführung stützt. Wir erinnern an die wortmächtige Publizistin, deren schon vor über 100 Jahren niedergelegte Gedanken und Analysen zu den Ursachen der zwischenstaatlichen Gewaltpolitik und den Möglichkeiten ihrer Beseitigung oder zumindest Einhegung damals von großer Weitsicht zeugten und auch heute noch Anerkennung verdienen.

Der 1843 in Prag als Tochter der Offiziersfamilie Kinsky geborenen späteren Baronin von Suttner war ihr künftiger Lebensweg keineswegs vorgezeichnet: eine der zentralen Persönlichkeiten der europäischen Friedensbewegung vor dem Ersten Weltkrieg zu werden, der im Jahr 1905 als erster Frau der vier Jahre zuvor erstmalig an den Gründer des Roten Kreuzes, Henri Dunant, verliehene Friedensnobelpreis zugesprochen wurde. Durch ihren Roman „Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte“, 1889 in Wien erstmals erschienen – der Titel ist im Faksimile auf der Sonderbriefmarke abgebildet –, fand sie national und bald darauf auch international große Beachtung und wurde zugleich Zielscheibe von herablassender Kritik und Ablehnung (Stichwort: „Friedensbertha“).

Die österreichische Adlige war für ihre Epoche in mehrfacher Hinsicht eine Leitfigur, die mit ihrem öffentlichen Auftreten als Frau mit großer Zivilcourage und mit ihren Friedensvisionen ihrer Zeit ein gutes Stück voraus war. Der Schriftsteller Stefan Zweig sprach 1917 deshalb von einer „überzeitlichen Mission“ der Bertha von Suttner, deren Gedanken und Ideen auch für zukünftige Generationen nicht an Bedeutung verlieren dürften.

Ich möchte im Folgenden kurz auf drei Aspekte ihres Tätigseins eingehen, die es mir bedeutsam erscheinen lassen, dass die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner mit einer Sonderbriefmarke und einer Gedenkmünze geehrt wird. In ihrem Leben und Wirken bündeln sich Traditionslinien, die bis in die Gegenwart reichen und die sich auch in der heutigen Friedens- und Konfliktforschung und -publizistik wiederfinden.

2. Bertha von Suttner als ideelle Wegbereiterin der europäischen Friedensbewegung

Dem in ihrer Zeit vorherrschenden und auch bis heute nicht überwundenen Denken des „Si vis pacem, para bellum“ setzte Bertha von Suttner eine positive Friedensvision des „Si vis pacem, para pacem“ entgegen. Kriege, so von Suttners Überzeugung, könnten ohne

weiteres verhindert werden, wenn sich die Staaten darauf einigten, ihre Beziehungen und die ihnen zugrunde liegenden Interessen in regelmäßigen Friedenskonferenzen zu überprüfen und abzugleichen und weiter bestehende Konflikte durch Entscheidungen internationaler Schiedsgerichte beizulegen. Hierdurch sei zudem eine konsequente Abrüstung der bestehenden Militärpotentiale möglich, da so gar nicht erst die Versuchung entstehe, diese zum eigenen Vorteil einzusetzen. Sie warnte vor allem vor der ungeheuren Steigerung der Vernichtungspotenziale, die sich aus der überaus dynamischen technologischen Entwicklung der Industrialisierung ergab.

Die Gefahrendiagnosen und das unerschütterliche friedenspolitische Engagement der Bertha von Suttner wurde von zahlreichen Zeitgenossen belächelt. Wie Recht sie mit ihren rastlosen Bemühungen hatte, musste sie nicht mehr erleben, da sie eine Woche vor den Schüssen von Sarajewo im Juni 1914 verstarb. Die Weltkriege des 20. Jahrhunderts zogen menschliche und soziale Katastrophen nach sich, die jedes Maß der damaligen Vorstellungskraft überschritten.

Nach diesen verheerenden Weltkriegen in der ersten Hälfte und einem waffenstarrenden Kalten Krieg in der zweiten Hälfte des – kurzen – 20. Jahrhunderts sind wir heute zweifellos – nicht zuletzt durch die Gründung der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen – einige wichtige Schritte vorangekommen. Der jüngste „Human Security Report“ lässt gar etwas Hoffnung keimen, denn er belegt, dass die Anzahl bewaffneter Konflikte seit Beginn der 1990er Jahre um 40 Prozent zurückgegangen ist und dass dieser Rückgang mit einer rapiden Zunahme multilateraler Bemühungen um und Einsätzen zur Krisenprävention und Friedenssicherung einhergegangen ist. Die verbleibenden Gewaltkonflikte machen freilich deutlich, dass die Visionen Bertha von Suttners nichts von ihrer Aktualität verloren haben.

In heutige Begriffe einer aktiven Friedenspolitik übersetzt, stehen wir weiterhin vor der Aufgabe, die internationalen Beziehungen zu verregeln und möglichst zu verrechtlichen, dem gewaltsamen Austrag von Konflikten durch geeignete Maßnahmen vorzubeugen, akute Gewaltkonflikte zu beenden und danach ihr Wiederaufflammen zu verhindern, dauerhaft konsolidierte Friedensordnungen aufzubauen sowie Rüstungspotenziale zu kontrollieren und abzubauen. Hieraus resultiert eine Vielzahl von Problemstellungen, die einer kontinuierlichen, von politischen Pressionen freien wissenschaftlichen Bearbeitung bedürfen. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung hat in den Jahren seit ihrer Gründung im Oktober 2000 mehr als 30 Forschungsvorhaben gefördert, die sich mit Fragen von Krisen- und Gewaltprävention, Krisenintervention, Friedenskonsolidierung, Völkerrecht und internationalen Organisationen sowie präventiver Rüstungskontrolle und Abrüstung befassen.

3. Bertha von Suttners Anteil an der Schaffung des Friedensnobelpreises

Da wir heute der Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner gedenken, möchte ich an dieser Stelle auf eines ihrer Verdienste hinweisen, das in der Öffentlichkeit nur wenig bekannt ist. Die engagierte Friedenskämpferin und -publizistin hatte einen nicht unerheblichen Anteil daran, dass Alfred Nobel, dessen Mitarbeiterin sie für kurze Zeit in den 1870er Jahren in Paris war und mit dem sie anschließend eine enge persönliche Freundschaft verband, in seinem Testament verfügte, dass mit den Zinserträgen seines Kapitals neben Preisen für Physik, Chemie, Medizin und Literatur auch ein Preis für denjenigen oder diejenige ausgelobt werden solle, welcher oder welche „am meisten oder besten für die Verbrüderung der Völker, für die Abschaffung oder Verminderung der stehenden Heere sowie für die Bildung und Verbreitung von Friedenskongressen gewirkt hat.“

Von Suttner sah sich in einem Brief an den späteren Friedensnobelpreisträger Alfred H. Fried gar als die „moralische Urheberin“ dieser testamentarischen Bestimmung. Dass Nobel in seinem Testament auch die weibliche Form verwandte, verstand Bertha von Suttner als eindeutigen Hinweis auf ihre eigene Person. Freilich musste sie einige Jahre warten, bis das Nobelpreiskomitee ihr als viertem Preisträger den Friedensnobelpreis schließlich zusprach. Bis heute stellt der Friedensnobelpreis die wichtigste internationale Auszeichnung dar, mit der engagiertes Eintreten für die Förderung und Sicherung des Friedens vor der Weltöffentlichkeit gewürdigt wird.

4. Bertha von Suttner und „Die Friedens-Warte“

Schließlich möchte ich eine weitere Traditionslinie ansprechen, deren Weiterführung mir als Stiftungsvorsitzendem und auch mir persönlich viel bedeutet. Seit 1890 gab Bertha von Suttner das Mitteilungsblatt „Die Waffen nieder! Monatsschrift zur Förderung der Friedens-Idee“ heraus, das wenige Jahre später, zur Zeit der ersten Haager Friedenskonferenz von 1899, in der zunächst von Alfred H. Fried, danach von Hans Wehberg herausgegebenen Zeitschrift „Die Friedens-Warte. Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation“ aufging.



Ausgabe
August/September 1914

Unter dem Titel „Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization“ besteht diese Zeitschrift dank des großzügigen Entgegenkommens der Verleger Arno Spitz und Volker Schwarz bis zum heutigen Tag fort und ist das einzige wissenschaftliche Fachorgan der deutschsprachigen Friedens- und Konfliktforschung. Das jüngste Heft mit dem Schwerpunktthema „Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften“ enthält eine Reihe von Beiträgen, die aus von der DSF geförderten Projekten hervorgegangen sind. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde diese Ausgabe mit Mitteln der DSF unterstützt.

5. Schlussbemerkung

Auch wenn es vielleicht etwas gewagt erscheinen mag, möchte ich abschließend behaupten, dass Bertha von Suttner an der Deutschen Stiftung Friedensforschung ihre Freude gehabt hätte. Gegründet wurde die Stiftung dank des Einsatzes der damaligen Bundesministerin für Bildung und Forschung, der Frau Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn, mit dem Zweck, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen“. Darüber hinaus gehend konkretisiert die Gründungsurkunde die Zielsetzung der Stiftung wie folgt:

„Die Deutsche Stiftung Friedensforschung soll das friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker fördern. Sie soll mithelfen, Voraussetzungen und Bedingungen dafür zu schaffen, dass Krieg, Armut, Hunger, Unterdrückung verhütet, Menschenrechte gewahrt und die internationalen Beziehungen auf die Grundlage des Rechts gestellt werden.“

In den vergangenen Jahren hat die Stiftung Forschungsvorhaben im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung mit einem Gesamtvolumen von mehr als 3,5 Mio. Euro gefördert. Hinzu kommen über 50 so genannte Kleinprojekte in Form von wissenschaftlichen Tagungen, Pilotstudien und Publikationen, die ein Fördervolumen von rund 400 Tsd. Euro erreichen. Darüber hinaus leistet die Stiftung mit ihrem Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung einen wichtigen Beitrag, um die deutsche Friedens- und Konfliktforschung dauerhaft zu stärken und internationalen Standards anzugleichen. Hierzu zählt die Förderung von insgesamt vier Masterstudiengängen an den Universitäten Hamburg, Marburg und Tübingen sowie an der FernUniversität Hagen. Ferner unterstützt die Stiftung die Ausbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte an drei Standorten durch eine strukturierte Promotionsförderung. Als größte Einzelfördermaßnahme bewilligte die DSF die Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an die Universität Hamburg. Für die Verwirklichung dieses Programms stellt die Stiftung insgesamt 5 Mio. Euro zur Verfügung, die freilich der Substanz der Stiftung entnommen werden müssen. Um ihre Leistungskraft zu erhalten und ihren Satzungsauftrag auch zukünftig ungeschmälert erfüllen zu können, benötigt die Stiftung angesichts des bescheidenen Anfangsstiftungskapitals von gut 25 Millionen Euro die weitere finanzielle Unterstützung durch den Bund; und sie würde sich selbstredend über Zustiftungen Privater - in welcher Form auch immer - sehr freuen.

Irmgard Rittberger-Rückert
Edelgard Bulmahn
Claus Rainer Rollinger



Bertha von Suttner. Der Kampf einer Frau gegen den Krieg

Karl Holl

Mit dem Namen Bertha von Suttner verbindet sich unauslöschlich die Erinnerung an den mutigen und beharrlichen Widerstand einer außergewöhnlichen Frau gegen die Menschheitsgeißel Krieg. Auch heute noch fällt als erster ihr Name, wenn all jener Frauen gedacht wird, die sich mit ganzer Kraft für den Frieden in der Welt eingesetzt haben.

Nicht die kühnste Phantasie hätte sich ausmalen können, dass aus der am 9. Juni 1843 im Palais Kinsky am Altstädter Ring in Prag geborenen Bertha Sophia Felicita Gräfin Kinsky eines Tages eine pazifistische Schriftstellerin und eine Botschafterin des Friedens von weltweiter Bekanntheit werden würde. Die spätere Baronin Bertha von Suttner entstammte einem hoch angesehenen böhmischen Adelsgeschlecht, aus dem seit dem 17. Jahrhundert fast ausschließlich Staatsdiener der Habsburger Monarchie und vor allem hochrangige Militärs und Kriegshelden hervorgegangen waren. Der Vater dieser Comtesse Kinsky hatte in der österreichisch-ungarischen Armee gedient, als Feldmarschallleutnant, nicht anders als seine drei Brüder. Eine Karriere, wie diese Frau sie in späteren Jahren einschlagen sollte, wäre also eigentlich schon dadurch höchst unwahrscheinlich gewesen, dass sie allen gewohnten Erwartungen an eine junge Aristokratin solcher Herkunft und allen gesellschaftlichen Denkklišees ihrer Zeit widersprach.



Prof. Dr. Karl Holl

Indessen waren es gerade jene Konventionen ihres Milieus, die dem künftigen Leben der jungen Gräfin eine erste Abweichung von scheinbar vorherbestimmten Wegen aufzwangen. Denn Bertha Gräfin Kinsky wuchs vaterlos auf, da ihr Vater im Alter von 75 Jahren vor der Geburt seiner Tochter starb und als drittgeborener Sohn keinerlei bedeutendes Vermögen hinterließ. Die fünfzig Jahre jüngere Witwe Sophie Gräfin Kinsky aber war nach den in der zeitgenössischen Adelsgesellschaft geltenden Regeln als eine geborene von Körner von minderem Geblüt. Das machte es für Mutter und Tochter schwer, ja unmöglich, als ebenbürtig akzeptiert zu werden.

Das Leben von Mutter und Tochter verlief in den von solchen Bedingungen vorgezeichneten Bahnen. Bertha erhielt einen gesellschaftlich hochgestellten, zu ihrem Glück gütigen Vormund, in dessen Palais fern von Prag, in Brünn, sie unter der Obhut von Gouvernanten eine von der rauen Wirklichkeit ziemlich ferngehaltene, einsame Kindheit verlebte. Als Höhepunkte ihrer Jugend müssen Bertha deshalb die zahlreichen Reisen erschienen sein, die sie an der Seite ihrer Mutter und mit den bescheidenen finanziellen Mitteln, die beiden zur Verfügung standen, zu mondänen Badeorten unternahm. Der Zweck solcher Reisen erschöpfte sich in Vergnügungen, über deren sterile Fadheit sich Bertha von Suttner später mit kritischer Distanziertheit äußern wird: im Besuch von Bällen, in standesgemäßen gesellschaftlichen Kontakten, dem Tribut, der den rasch wechselnden Modeansprüchen zu zollen war, im Besuch der Spielcasinos, in der vergeblichen Hoffnung auf den großen Gewinn. Ein nie ganz auszuschließender Erfolg hätte darin bestehen können, dass dem wohlansehnlichen Mädchen jene strahlende Männergestalt blauen Geblüts und solider Einkünfte begegnet wäre, die mittels eines ernst gemeinten und nach einer Zeit schicklichen Zögerns angenommenen Heiratsantrags alle materiellen Sorgen von Tochter und Mutter hinweggenommen hätte. Im Falle Berthas ereigneten sich zwar solche Begegnungen, doch ohne dass sie sich letzten Endes für einen der Bewerber zu entscheiden vermochte.

Aus den Erfahrungen jener Jahre erwuchs für Bertha, der gesellschaftlichen Debütantin, ein Ertrag in zweierlei Hinsicht. Die Reisen förderten ihre Sicherheit in der Beherrschung europäischer Fremdsprachen, unerlässliche Voraussetzung ihres späteren Erfolgs. Und sie gelangte zu der Einsicht, dass es ihr nicht erspart bleibe, ihren Lebensunterhalt durch eigene Leistung zu verdienen. Die Nutzenanwendung dieser Einsicht war ihr Entschluss, in die Dienste des Freiherrn Karl Gundaccar von Suttner zu treten.

Berthas Aufgabe bestand seit 1873 und in den folgenden drei Jahren in der Tätigkeit als Gouvernante, Erzieherin und Gesellschafterin der vier Töchter des Barons und der Baronin Suttner. Die Zeit im Dienste der Familie von Suttner – im Sommer auf dem Landsitz der Familie, im Schloss Harmannsdorf nördlich von Wien, im Winter im Suttnerschen Palais in der österreichischen Hauptstadt – war ausgefüllt mit Unterricht in Sprachen und Musik, mit intensiver Lektüre der vielfältig an Literatur interessierten, inzwischen 30-jährigen und noch immer unverheirateten Gräfin Bertha Kinsky und mit der sie beglückenden heiteren Geselligkeit im Kreise ihrer sie innig verehrenden Zöglinge. Aus der Teilnahme eines der Brüder ihrer Schülerinnen an der vertrauten Gemeinschaft, des um sieben Jahre jüngeren Barons Arthur Gundaccar von Suttner, erwuchs eine zunächst heimlich bleibende Liebesbeziehung. Als sie nicht länger verheimlicht werden konnte, wurde eine Entscheidung unausweichlich. Die Baronin Suttner erklärte ihre Zustimmung zu einer Heirat ihres Sohnes mit Bertha für ausgeschlossen. Bertha verstand, dass sie nicht länger im Hause Suttner bleiben konnte.

Zwei Möglichkeiten boten sich an. Sie konnte einer Einladung der ihr aus einer früheren Bekanntschaft in Sympathie verbundenen Fürstin Ekaterina von Mingrelien auf ihr Schloss im fernen Georgien folgen, oder sie konnte hoffen, dass ihre neugierige Antwort auf die Zeitungsannonce eines in Paris lebenden reichen, älteren Herren, der eine Dame mit Fremdsprachenkenntnissen als Sekretärin und Verwalterin seines Haushaltes suchte, zu einer festen Anstellung führen werde. Bertha entschied sich für die zweite Möglichkeit und begegnete so bei ihrem Eintreffen in Paris Alfred Nobel, einem hoch gebildeten, steinreichen schwedischen Industriellen, Chemiker und Erfinder, dessen Reichtum auf der Herstellung von Explosivstoffen für militärische Zwecke wie des von ihm entwickelten Sprengmittels Dynamit beruhte. Zwischen Alfred Nobel und Bertha stellte sich bald ein Gefühl des Vertrauens ein, das sich auf wechselseitige Achtung und auf dem Einverständnis über die großen Menschheitsideale gründete. Was Nobel als Erfinder und Produzent militärischer Zerstörungs- und Tötungsinstrumente, als menschen scheuen und zur Schwermut neigenden Skeptiker zutiefst bewegte, war der Gedanke, auf welche Weise er selber am wirksamsten dazu beitragen könne, den Krieg endgültig aus der Welt zu verbannen. Dieser Gedanke hatte ihn hoffen lassen, mit immer neuen und immer verheerenderen Sprengstoffen den Krieg ad absurdum führen zu können.

Obwohl alles dafür zu sprechen schien, dass Bertha auf Dauer in die Dienste Nobels treten, ja, dass aus beiden ein Paar werden würde, gab Bertha binnen weniger Tage ihre Stelle in Paris auf. Ihre spontane Entscheidung hatte einen romantischen Grund. Arthur von Suttner hatte sie telegraphisch wissen lassen, dass er sich in Liebe zu ihr verzehre und ohne sie nicht leben könne. Arthurs erneuerte Liebeserklärung stimmte mit Berthas Gefühlen für ihn überein. Noch bevor Nobel von einer Reise zurückgekehrt war, verließ sie Paris, um nach Österreich und zu Arthur zu eilen. Dass sich beide in Wien wiederfanden, musste auch diesmal geheim bleiben. Aber Berthas und Arthurs Entschluss stand fest. Da die Einwilligung von Arthurs Eltern zu seiner Eheschließung mit Bertha nicht zu erhoffen war, ließ sich das Paar heimlich in einer Wiener Vorstadtkirche trauen und begab sich im Sommer 1876 auf eine fluchtartige Reise nach Mingrelien. Nobel gegenüber hatte Bertha in einem Brief dargelegt, weshalb sie auf das Angebot, in seine Dienste zu treten, verzichten müsse. Nobel überwand nur mühsam seine Enttäuschung, aber die zwischen beiden in so kurzer Zeit entstandene, auf Zuneigung und Hochachtung beruhende Freundschaft überdauerte all die folgenden Jahre.

Fern von der Heimat, in dem unter der Oberherrschaft des Zarenreiches stehenden Fürstentum Mingrelien in Georgien, unter der Obhut der Fürstin Ekaterina, hoffte das neuvermählte Paar Bertha und Arthur Gundaccar von Suttner, sich eine eigene Existenz aufbauen zu können. Die Entscheidung für ein Leben im Kaukasus stellte sich als abenteuerlich heraus. Denn die Eheleute Suttner waren fast mittellos in ihrem Gastland eingetroffen, Arthur war ohne Berufsausbildung, die Fürstin, die über Anfangsschwierigkeiten hatte hinweghelfen können, war bald für längere Zeit abwesend und starb im Jahre 1882, Bekanntschaften unter den wenigen westeuropäisch orientierten Gebildeten zu machen, war nicht leicht, die Landessprachen Georgisch und Mingrelisch blieben Arthur und Bertha ziemlich fremd, und auch das Russische beherrschten sie nicht sehr gut, – kurzum, das Leben in der neuen Umgebung verlangte die Bereitschaft, sich mit entbehrensreichen Umständen abzufinden. Und dennoch hielt es das Ehepaar mit bewunderungswürdiger Energie und mit großer Anpassungsfähigkeit trotz ständiger finanzieller Sorgen neun lange Jahre dort aus, die in Berthas autobiografischen Äußerungen zu einer Zeit beglückender Erfahrungen verklärt werden.

Die kümmerlichen Anfänge in der neuen Umgebung wurden bereits im zweiten Jahr nach ihrer Ankunft von dem russisch-türkischen Krieg überschattet, zu dessen Schauplätzen auch der Kaukasus gehörte. Zum ersten Mal kam Bertha, wenn auch nicht aus nächster Nähe, mit dem blutigen Erscheinungsbild eines Krieges in Berührung. Doch war sie, wie sie später bekannte, damals noch nicht so weit, den Krieg wie jeden Krieg zu verabscheuen. Aber jetzt spürte sie dessen unmittelbare Folgen für sich persönlich, weil ihre Chancen, Interessenten für Musik- und Deutschunterricht zu finden, schwanden. Als dieser Krieg nach einem Jahr mit einem Sieg der russischen Truppen endete, ging es mit der wirtschaftlichen Lage des Ehepaars wieder aufwärts.

In der Tat konnte ein geringer Teil der Existenz zunächst von Bertha mit der Erteilung von Musik- und Deutschunterricht bestritten werden. Später gelang es Arthur, untergeordnete Stellungen in einem Industrieunternehmen zu erhalten. Doch mit einer Tätigkeit im Holzhandel scheiterte er ebenso wie mit einem Projekt landwirtschaftlicher Kolonisation. Vor allem lebten Bertha und Arthur von den Einkünften, die sie aus schriftstellerischer und journalistischer Arbeit bezogen. Über den Bezug literarischer Revuen, den Kauf der Neuerscheinungen auf dem belletristischen Buchmarkt und über die Mitgliedschaft im Deutschen Schriftstellerverband versuchten Bertha und Arthur Kontakt mit der modernen Literatur und mit zeitgenössischen Autoren zu gewinnen und aufrechtzuerhalten. Es war erstaunlich, wie viel Erfolg sie dabei hatten. In die gleiche Zeit fielen so folgenreiche Lektüreerlebnisse, wie sie die Beschäftigung mit der Evolutionslehre Charles Darwins, auch in ihrer Popularisierung durch Ernst Haeckel, und mit den Werken von Herbert Spencer und Henry Thomas Buckle bot.

In ihrer mingrelischen Zeit begannen beide, Arthur und Bertha, Romane zu schreiben, Bertha mit größerer Leichtigkeit als ihr Ehemann und auch mit größerem Erfolg. Berthas Romane erschienen zunächst meist als Fortsetzungsromane, so in der „Gartenlaube“ oder in der von Michael Georg Conrad herausgegebenen „Gesellschaft“, und sie wurden wichtig als Einnahmequelle. Bertha konnte sich, ermutigt durch die eine oder andere günstige Rezension, rühmen, zu den bekannten Autoren und Autorinnen ihrer Zeit zu gehören. Vollends trat dieser Erfolg mit der Veröffentlichung ihres neunten Romans „Die Waffen nieder!“ im Jahre 1889 ein.

II

Da aber befand sie sich mit Arthur wieder in der Heimat, wohin sie 1885 zurückgekehrt war. Eine ganze Reihe schwerwiegender Beweggründe hatten bei der Entscheidung mitgewirkt, den Aufenthalt in Georgien im neunten Jahr abubrechen. Das nach dem Tod ihrer Mutter 1884 immer mehr quälende Heimweh; die Wirkung einer Erkrankung an Malaria, die Arthur befallen hatte; das Eingeständnis, dass weitere Anstrengungen, eine solide wirtschaftliche Existenz in Georgien aufzubauen, ebenso fruchtlos bleiben würden wie alle vorhergehenden; österreichisch-russische Spannungen auf dem Balkan, die auf einen drohenden Krieg hindeuteten, – dies alles hatte das Ehepaar Suttner schließlich zur Rückkehr bewogen.

Die Heimkehr nach Österreich gestaltete sich nicht zur völligen Zufriedenheit Berthas und Arthurs. Ein Teil der elterlichen Familie von Suttner wohnte jetzt nur noch im Schloss Harmannsdorf, da das Palais in Wien wegen finanzieller Schwierigkeiten hatte aufgegeben werden müssen. Bertha und Arthur mussten sich mit einem Leben in der großen Suttnerschen Hausgemeinschaft abfinden. Zwar schienen Arthurs Eltern inzwischen mit seiner Heirat ausgesöhnt zu sein, aber Bertha litt unter der auf Schloss Harmannsdorf herrschen-

